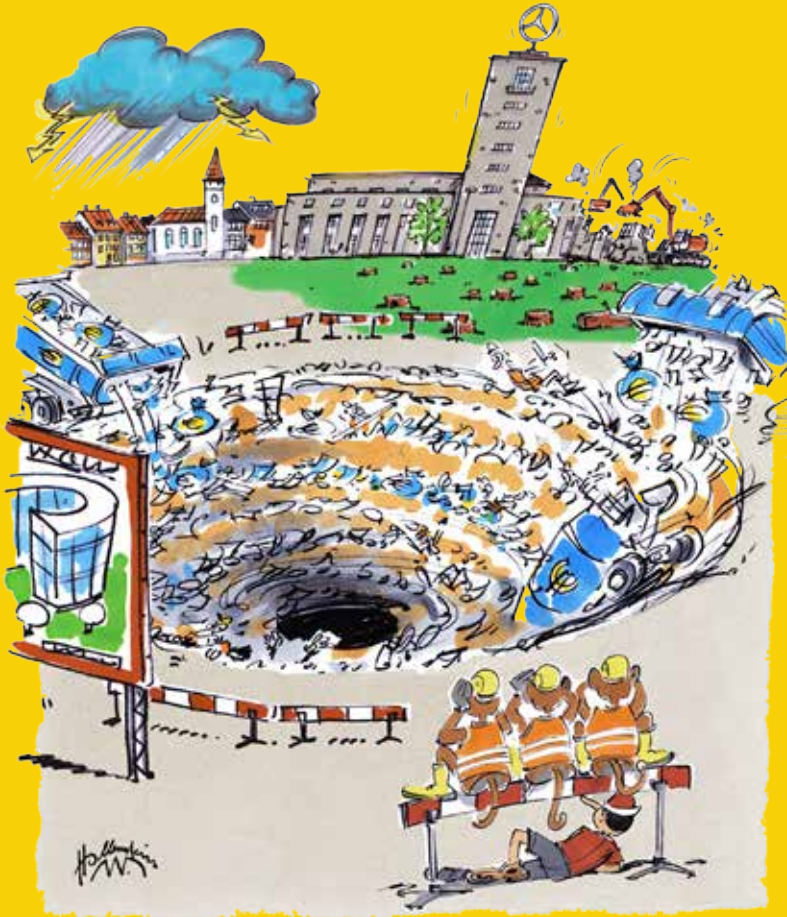


Das deutsche BauUnwesen



Es ermöglicht unsinnige Bauprojekte die bei der öffentlichen Hand/ öffentlichen Auftraggebern in Zeit und Kosten ständig ausufern. Es macht Lug und Trug bei Bauprojekten zur gängigen Verkehrspraxis.

FORDERUNG

Deutsches BauUnwesen stoppen, dann weitermachen mit Grossprojekten. Bis dahin alles Geld in Erhalt und Sanierung bestehender Infrastrukturen stecken. Dort gibt es mehr als genug Sinnvolles und Dringendes zu tun.

Deutschland betreibt ein regelrechtes Nachtrags-Bauunwesen

Auszug aus dem Buch: BauWesen | BauUnwesen
(S.105-110)

ISBN 978-2-8399-1464-2
www.BauUnwesen.de

Nachtragsumme möglich. Am Anfang will man alles ganz billig und zum Schluss geht es doch nicht. Dann braucht man hier noch etwas, dort noch etwas, dann explodieren die Kosten. Dann sind alle unglücklich.»

Modernisierung Kältetechnik im Rechenzentrum
Am Adl-Cassler-Platz 1-2 in Herzogenaurach
Gewerk Kältetechnik
Projektnummer: 10011610

7. Zusammenstellung Mehrvergütungsansprüche	
3.1 Projekt- und Bauleitung	103.498,25€
3.2 Baustelleneinrichtung	13.050,00 €
4. Finanzierungskosten	3.000,00 €
5. Verlängerung Gewährleistung	10.400,00 €
Gesamt netto	126.951,25 €
zzgl. gesetzlicher MwSt.	

Abb. 66 Und so sieht ein realer Nachtrag wegen Terminverzugs von 45 Wochen bei einem Bauprojekt aus. Der Terminverzug entstand, weil im Bauverlauf zusätzliche ungeplante Funktionen realisiert werden mussten, die selbst schon zu 50 Prozent Nachträgen über die Vergabesumme führten. Das ausführende Unternehmen ist ein renommiertes, weltweit agierendes Unternehmen des Anlagenbaus. Die sind fachlich sicher kompetent und wissen genau, was sie machen!

Deutschland betreibt ein regelrechtes Nachtrags-BauUnwesen

Die grundlegende Problematik mit Nachträgen bei Bauprojekten ist überall auf der Welt vorhanden. In Ländern, die kein staatlich gestütztes BauUnwesen wie Deutschland haben, wird das Thema systematisch bearbeitet und die Probleme gut gelöst. Der rechtliche und organisatorische Rahmen des BauWesens ist von Staats wegen so organisiert, dass Nachträge auf wenige Prozentpunkte reduziert werden. Wenn sie dennoch vorkommen, sind auf der Baustelle Organisationen vorhanden, die Nachträge sofort als Hauptaufgabe managen. Es soll möglichst nichts auf später, nach Ende der Bauphase, verschoben werden. Wenn Anwälte und Gerichte sich mit einem Streitfall befassen, ist es zu spät. In anderen Ländern mit gutem BauWesen wird versucht, den Graubereich der Nachträge so klein wie möglich zu halten. Dort heißt es auch nicht »Nachträge«, sondern »Deviation Costs«, das sind also explizit Kosten, die durch Abweichung von bestehenden Planungen entstehen. Diese Kosten sind völlig legitim und nie ganz vermeidbar. Gewisse Abweichungen während der Realisierung gehören zur Natur des Bauens. Es wird ja auch ein Unikat gebaut. In BauWesen, die statt Nachträgen von »Abweichungen« sprechen und sich systematisch darauf einstellen, ist es völlig normal, dass kleine, große, private und auch öffentliche Bauprojekte innerhalb des Budgets und des Zeitplans liegen. Dort existiert eine Baukultur, bei der bereits fünf Prozent Abweichung von den Budgetkosten eine Blamage für den Bauherrn und ein Alarmsignal sind. Davon können wir nur träumen. Wir werden Beispiele dafür später kennenlernen.

Das deutsche BauWesen betreibt über eine völlig überladene »Vergabe und Vertragsordnung für Bauleistungen« (VOB) einen enormen Papieraufwand, um Nachträge auszuschließen, und erreicht damit genau das Gegenteil. Das »Bausoll«, also das, was im Projekt realisiert werden soll, wird in Deutschland in der Planungsphase grob fahrlässig, falsch und gleichzeitig auch scheinwissenschaftlich genau definiert. Beides öffnet die Büchse der Pandora in Richtung steigender Baukosten mittels Nachträge. Im deutschen BauUnwesen ist der gesamte staatliche Rahmen darauf ausgelegt, den grauen Bereich der Nachträge so groß und intransparent wie möglich zu halten. Es gibt eine Allianz der öffentlichen Bauherren mit den Bauauftragnehmern, die möglichst hohe und viele Nachträge ermöglichen wollen und die möglichst sehr spät, also zu spät für Gegenmaßnahmen, sichtbar werden.

Für überambitionierte Bauherren ohne ausreichendes Budget sind Nachträge der Joker zur Erfüllung der kühnsten Gebäudeträume. Sie ermöglichen die legale Realisierung auch der unsinnigsten Bauvorhaben, vorbei an allen Kontrollmechanismen. Wenn in anderen Ländern von »Deviation Costs«, also Abweichungskosten gesprochen wird, steckt im deutschen Äquivalent »Nachtragskosten« das Wort »Nach« drin. Der Schlüsselbezug ist nicht ein verbindlicher Bauplan, sondern zeitlich gesehen eine Änderung der Anforderungen und Ausführungen nach Projektfreigabe bzw. Spatenstich.

Im deutschen BauWesen wird über Nachträge ein Bauprojekt nachträglich nach Lust und Laune des Bauherrn verändert. Bei öffentlichen Bauherren, die sogar selbst Weisungsbefugnis gegen die Baubehörden haben, sind diesen nachträglichen Anpassungen des Bausolls praktisch keine Grenzen gesetzt. Der renommierte deutsche Stararchitekt Meinhard von Gerkan bezeichnet das als fortgesetzten, systematischen Schwarzbau (Quelle: Buch »Black Box BER«).

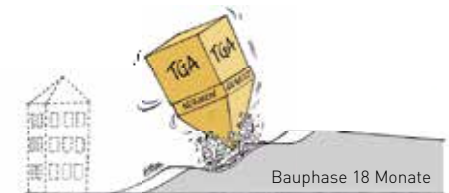
Das System der Nachträge eignet sich wunderbar, um bauliche Wunschträume ohne ausreichendes Budget und Legitimierung zu realisieren. Eine effektive Kostenkontrolle über Nachträge ist schwer und kommt, wenn doch, immer zu spät. Der Bauherr hat in Deutschland die uneingeschränkte Macht. Alle müssen tun, was er will. Stoppen geht nicht. Solange der Bauherr finanziell stabil genug ist, um seine höheren Rechnungen am Ende auch zu begleichen, machen ja auch alle Baubeteiligten gerne mit. Viele und hohe Nachträge bringen mehr Umsatz, mehr Marge und für Architekten bzw. Planer, mehr Honorare. Fallen die Nachträge irgendwann auf, holt man sich noch teure Berater und Projektsteuerer dazu. Hatte man als Bauherr vorher schon einen Projektsteuerer, dessen Warnungen man ignoriert hat, kündigt man diesen und macht eine Stillschweigevereinbarung. Jetzt wird es nie offiziell bekannt

werden, dass, statt mit genehmigten Plänen und dazu passendem Budget, von Anfang an mit Nachträgen gebaut wurde. Der neue Flughafen Berlin Brandenburg »Willy Brandt« ist dafür nur eines von vielen Beispielen. Das renommierte Unternehmen Dress & Sommer als Projektsteuerer wurde dem öffentlichen Bauherrn zu un bequem. Es wehrte sich gegen Manipulation von Baubüchern und Sitzungsprotokollen. Dann wurde es einfach vom Bauherrn ausgetauscht. Der Architekt des Flughafens Meinhard von Gerkan hat sich bis zu einem gewissen Punkt über die Nachträge in Form von Erweiterungen des Gebäudes um 140.000 Quadratmeter gefreut. Das treibt die Honorare überproportional in die Höhe. Als das ganze Flughafenprojekt dann aber aus dem Ruder lief, weil der Bauherr eben zu viel Gefallen an der Nachtragsbauform gefunden hatte, musste Meinhard von Gerkan mit seinem Büro GMP im Jahr 2012 leider die Rolle des Sündenbocks übernehmen. Er wurde gefeuert und mit Schadenersatzforderungen überzogen. Der Stararchitekt hat sich mit einem Buch »gerächt«. Leider bietet das deutsche BauUnwesen dem Architekten keine praktikable Möglichkeit, einen Bauherrn wie die Öffentliche Hand zu stoppen, wenn sich illegitime und unsinnige Dinge im Bauprojekt abzeichnen. Auch das ist in anderen Ländern besser geregelt. Dort ist der Architekt viel mehr in der Verantwortung und die Rolle des Bauherrn weniger dominierend.

Projektbeginn

Kosten nach vergebenen
Aufträgen, Zeitplanung und
Spezifikation

3,6 Mio. Euro



Nachträge

Bei Projektstart nicht
budgetierte Kosten

+ 1,9 Mio. Euro

Nach Bauabnahme

Reale Kosten, Zeit und
Ausführung bei Projektstart

5,5 Mio. Euro



Abb. 67 Der Bauantrag und das Baubudget sind für ein Bauwerk, das viel kleiner ist, als es der Bauherr eigentlich will und braucht. Der Rest dazwischen sind Nachträge. Typisches Beispiel ist der neue Flughafen Berlin Brandenburg »Willy Brandt«.

Focus Online: Samstag, 07.06.2014

Kosten zu knapp kalkuliert

BER: Firmen fordern Nachzahlungen in Milliardenhöhe

»Beim Bau des neuen Hauptstadtflughafens sind Nachforderungen von Baufirmen in Höhe von mehr als 1,4 Milliarden Euro eingereicht worden. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Grünen-Anfrage hervor, wie das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« vorab berichtete.

Davon seien 995 Millionen Euro bereits reguliert, weitere rund 1600 Forderungen in Höhe von insgesamt 452 Millionen Euro würden noch geprüft, bestätigte Flughafensprecher Ralf Kunkel am Samstag entsprechende Berichte.

Durch die Nachträge entstünden jedoch keine Mehrkosten, betonte er: »Die Summen sind in dem bisherigen Budget enthalten.« Bislang wurden für den Bau 4,3 Milliarden Euro veranschlagt.

Diese Nachträge seien normales Projektgeschäft, sagte Kunkel. »Da der Flughafen größer wurde, gibt es auch Nachträge. Das ist doch logisch.« So sei wegen gestiegener Passagierprognosen das Terminal um 50 Prozent und auch das Vorfeld erweitert worden.«

Kommentar Obwohl die Eröffnung des Flughafens vor Ablauf der Baugenehmigung im Oktober 2016 unsicher ist, ist die Summe der Nachträge schon in der Größenordnung des Budgets (1,7 Mrd. Euro) bei Projektfreigabe im Jahr 2004.

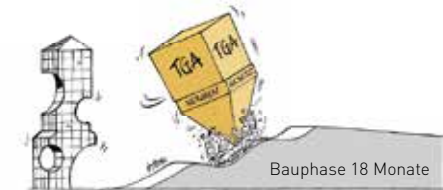
Nun gibt es noch eine höhere Stufe von Nachtragsbauprojekten, die noch unkontrollierter ablaufen, als die Projekte, die nur Nachträge auf Feinabgleich aus Baustellenbetrieb und Erweiterungen des Bauwerks selbst haben.

Dort werden beim Projektstart einfach nur Teile des Gebäudes für die Kostenkalkulation herangezogen und zur Ausführung ausgeschrieben. Wesentliche Teile des Gebäudes werden absichtlich mit Nachträgen im Laufe des Bauprojekts gebaut. Für diesen Teil gibt es keine offene Ausschreibung und keine ordentliche Vergabe im freien Bieterwettbewerb. Das macht das Projekt eben noch viel teurer als bei realistischer Budgetierung. Da die Preisfindung für Nachträge völlig intransparent und nicht nachvollziehbar erfolgt, kann sich auch Korruption voll ausleben. Im Bieterwettstreit und Vergabe rein über Preis hat man die Korruption scheinbar völlig eliminiert, um sie dann bei den Nachtragsbauprojekten völlig offenzulassen. Sie werden später sehen, dass »Nachtragsbauwerke« eine typisch deutsche Spezialität sind. Und Sie werden sehen, dass die deutsche Öffentliche Hand durchaus zwei Hände haben kann. Eine über und eine unter dem Tisch. Diejenige über dem Tisch ist aseptisch rein; nicht einmal der Schatten eines Schmutzpartikels wird geduldet.

Kostenexplosionen gibt es nicht – nur Illusionen und Manipulationen**Projektbeginn**

Kosten nach vergebenen Aufträgen, Zeitplanung und Spezifikation

2,4 Mio. Euro

**Nachträge**

Bei Projektstart nicht budgetierte Kosten

+ 3,8 Mio. Euro**Nach Bauabnahme**

Reale Kosten, Zeit und Ausführung bei Projektstart

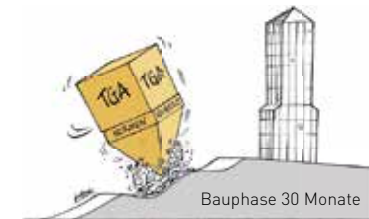
6,2 Mio. Euro

Abb. 68 Die beliebteste Variante, um das Genehmigungsbudget eines Bauwerks zu drücken: Einfach nur einen Teil des benötigten Bauumfangs berechnen. Willkommen beim Projekt des Deutschen Bundestages Berliner Schloss – Humboldtforum im Herzen Berlins. Das wird laut Baufachleuten ein hundertprozentiges Nachtragsvolumen haben, 1,2 Milliarden statt des heutigen 590-Millionen-Euro-Budgets.

Ein Projekt mit vielen Nachträgen bereitet allen Beteiligten viel Mühe und Stress. Statt nach Lehrbuch und guter, bewährter fachmännischer Praxis zu bauen, muss ständig gebastelt und improvisiert werden. Dabei wissen in der Bauphase schon alle, dass einer der Beteiligten am Ende als Schuldesel auserkoren wird. Einer wird für schuldig erklärt. Der Bauherr wird es solange nicht, wie er sich das Schweigen aller Mitwissenden erkaufen kann. Keiner der Beteiligten möchte mit der Ursache der bewussten Nachtragsflut an die Öffentlichkeit. Jeder ist ja auch irgendwie Mitäter und Profiteur. Darum sind Schweigen und Stillhalten üblich. Das wird schwieriger, je dreister das Nachtragsbauprojekt ist. Der absolute Gipfel an Nachtragsbau ist die Hamburger Elbphilharmonie.

Bei der Freigabe des Baubudgets von 241 Mio. Euro durch die Hamburger Bürgerschaft waren die Kosten pro m² Geschossfläche mit 2.000 Euro angesetzt. Das wurde so vom damaligen Projektleiter Hartmut Wegener auch öffentlich bestätigt. Für eines der weltbesten Konzerthäuser im Wasser eines der geschäftigsten Häfen der Welt gebaut, waren 2.000 Euro pro m² viel zu tief angesetzt. Schon ein einfach gebautes Konzerthaus kostet 4.500 Euro pro m². Für die Elbphilharmonie wäre das Dreifache des 2000-Euro-Budgets realistisch gewesen; das wussten die Beteiligten

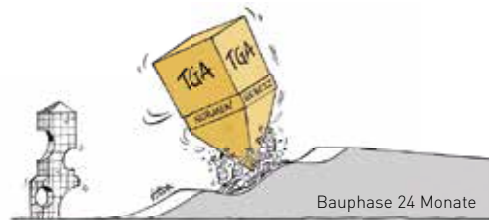
auch. Aber alle wollten an das wunderbar tiefe Angebot für ein solch tolles Bauwerk glauben. Aus Angst vor Erhöhung der Stahlpreise hat die Hamburger Bürgerschaft das Projektbudget einstimmig genehmigt, bevor klar war, was eigentlich wie gebaut werden sollte.

Von einer internen Quelle beim dortigen Generalunternehmer habe ich persönlich erfahren, dass deren Angebot korrekt war. Bei der Anfrage zum Angebot fehlten ganz einfach wichtige Teile des künftigen Gebäudes. Jeder wusste, dass diese Teile später über Nachträge realisiert würden. Wenn eine Planung bei Projektstart nicht komplett und korrekt ist, hat es den Vorteil, dass man diese auch leichter ändern kann. So konnten bei der Elbphilharmonie auch Flächen dazukommen und es »rutschte« eben auch ein dritter Konzertsaal ins Projekt hinein.

Projektbeginn

Kosten nach vergebenen
Aufträgen, Zeitplanung und
Spezifikation

2,4 Mio. Euro



Nachträge

Bei Projektstart nicht
budgetierte Kosten

+ 5,6 Mio. Euro

Nach Bauabnahme

Reale Kosten, Zeit und
Ausführung bei Projektstart

8 Mio. Euro



Abb. 69 Die tollste Form des Nachtragbaus: Das genehmigte Budget basiert auf einem zu kleinen Bauwerk und es deckt nur einen Teil des Bauwerks ab. Prominentestes Beispiel ist die Hamburger Elbphilharmonie.

Deutschlands BauUnwesen: Staatlich reglementiert

Auszug aus dem Buch: BauWesen | BauUnwesen
(S.129-134)

ISBN 978-2-8399-1464-2
www.BauUnwesen.de

Die Anbieterseite will mit Geschäften im Bau wirtschaftlich überleben. Sie setzt deshalb als Strategie auf Netzwerkbildung zwischen sich vertrauenden Menschen, die auch gut über Unternehmensgrenzen zusammenarbeiten.

Mit der Vergabe unterhalb seines Budgetrahmens hat der Bauherr sein Ziel erreicht. Die Auftragnehmerseite wird ihr Ziel bis Abschlussrechnung der Baustelle gemeinsam erreicht haben. Damit ist der ganze Prozess ja zielführend. Aber ist er auch richtig? Ist das Ergebnis auch sinnvoll?

Werden nicht von beiden Seiten grundlegende Elemente der geschäftlichen Ethik, wie etwa Treu und Glaube, verletzt?

Egal wie Ihre individuelle Antwort zu diesen Fragen ausfällt, so hat doch nach diesem Kapitel jeder Leser gesehen, dass unser BauWesen nicht gut ist. Weder für die Beteiligten noch für Wirtschaft und Gesellschaft, wie wir später in Kapitel 4 sehen werden.

DEUTSCHLANDS BAUUNWESEN: STAATLICH REGLEMENTIERT

Die staatliche Ordnung des deutschen BauWesens ist in höchstem Maße undurchsichtig. Der Kern der staatlichen Ordnung basiert auf teilweise mehr als 80 Jahre alten historischen Regelwerken. Dieser alte Kern ist mit neuen Verordnungen und Vorgaben fortlaufend erweitert worden. Die Fundamente des deutschen BauWesens sind für ein »Fachwerkhaus« ausgelegt. Inzwischen steht auf dem Keller ein »Wolkenkratzer«. Eine Wellblech- und Sperrholzkonstruktion, einfach in die Höhe gebaut und außen schön für die Passanten verblendet.

Statt die Architektur und Konzeption des deutschen BauWesens zu erneuern, wurden jahrzehntelang einfach neue Regeln und Vorgaben dazu gefügt. Die Regelwerke sind sehr komplex und neigen stark zur Überreglementierung. Kein noch so unbedeutendes Detail bleibt ungeregt. Das Ergebnis ist eine Vorschriftenflut, die die Anwender regelrecht überschwemmt. Hoch qualifizierte, motivierte Baufachleute haben größte Mühe, vor lauter Bäumen noch den Wald zu erkennen.

Dahinter lässt sich kein staatliches Wirken mit klarer Ausrichtung am Gemeinwohl erkennen. Es wird nur Altes fortgeschrieben und ergänzt. Was hinzukommt, wird von Interessengruppen erarbeitet, die mit ihrem kostenlosen Engagement für den Staat, völlig legitim ihre egoistischen wirtschaftlichen Ziele verfolgen.

Vitale Anliegen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung werden an ehrenamtliche Fachleute delegiert oder als zusätzliche Nebenbeschäftigung von schon

überforderten Staatsdienern abgehandelt. Um seinen Aufgaben und Verantwortung gerecht zu werden, um wirklich im Sinne von Gemeinwohl lenkend und gestaltend zu wirken, hat der Staat zu wenig Fachkompetenz in den eigenen Reihen und scheinbar keine Mittel, um professionelle fachliche Arbeit zu bezahlen. Deshalb entstehen Regelungen und Vorordnungen, die für den Bürger so viel wert sind, wie sein Staat für deren Ausarbeitung bezahlt hat. Beim BauWesen, mit den vielen finanzkräftigen Interessengruppen im Hintergrund, kommt dem Bürger diese Art des staatlichen Sparens richtig teuer. Er zahlt dafür einen hohen Preis: über die Steuern, Nebenkosten und Miet-/ Baukosten.

Ich habe in dem Jahr der Vorarbeiten für dieses Buch ernsthaft versucht, zu verstehen, was der Sinn aller Reglementierungen ist. Es hat mich die Frage beschäftigt, warum es beim Bauen so viele scheinbar allumfassende, detaillierte Regelwerke sowie Vorgaben für alles und jedes gibt. Ich kann es mir nur aus einer tiefen Verunsicherung der Beamten und Angestellten des öffentlichen BauWesens erklären.

Mit der Vorschriftenflut wird versucht, gesunden Menschenverstand und Vertrauen als Basis von funktionierenden Geschäftsbeziehungen durch nicht angreifbare oder gerichtssichere Vertragswerke zu ersetzen. Das funktioniert eben nicht. Es wird dennoch versucht, weil es an durchsetzbaren Alternativen mangelt. Bei den regierenden Politikern ist BauWesen kein Thema. Sie kümmern sich nicht darum. Der Status quo ist zu ihrem Vorteil, weil er es ermöglicht, gefahr- und folgenlos Bauprojekte zum eigenen Vorteil zu missbrauchen. Die normalen, fleißigen und engagierten Politiker in der Basisarbeit der Kommunen, Land und Bund blenden das Thema BauWesen aus. Sie wissen, wie schlecht es darum steht. Sie kennen das BauUnwesen in Deutschland. Sie schweigen aus Scham und Hilflosigkeit. Wie ich bei persönlichen Gesprächen feststellte, sind die Basispolitiker einfach rat- und leider auch mutlos beim Thema BauWesen. Damit kann man sich nicht bei Wählern profilieren und man legt sich nur mit den wenigen mächtigen Parteioberean an den Schalthebeln der Macht an.

In diesem innovationsfeindlichen Umfeld machen der Beamtenapparat und seine Helfer einfach nach bestem Wissen und Gewissen weiter wie gehabt.

Der gesetzliche Rahmen des deutschen BauWesens ist für Gelegenheitsbauherren völlig undurchsichtig und wird auch von den wenigsten Bauleuten umfassend verstanden. Die typisch deutsche Gründlichkeit in den Details lässt die Regelwerke als sehr mächtig und umfassend erscheinen. Man vermutet fälschlicherweise keine gravierenden Lücken und erwartet keine Inkonsistenzen. Selbst Experten, die an

einzelnen Teilen mitwirkten, haben Schwierigkeiten, den Gesamtüberblick zu behalten und Wechselwirkungen sicher vorherzusagen.

Der Laie sieht nur die große staatliche Einflussnahme und die vielen DIN-Normen und Standards, die es im BauWesen gibt. Er interpretiert dies fälschlicherweise als starke staatliche Sorge ums Bauen. Er erkennt die krebsartige Wucherung nicht. Ein Bauherr hat das trügerische Gefühl der Sicherheit, hier sei alles gut geregelt. Dies verleitet ihn als Herr seiner BauUnternehmung, nicht nach den Prinzipien des gesunden Menschenverstands und nach fairem »Leben und Leben lassen« zu handeln. Er wird verführt, seine vermeintliche Machtposition voll auszuspielen. Der Bauherr hat wenig Skrupel, ein Bauprojekt zu starten, das schief aufgestellt ist, weil das Budget schon völlig überladen ist. Es sei scheinbar doch möglich, mehr zu bekommen, als man zu zahlen bereit ist. Das BauUnwesen macht es bei anderen möglich. Das öffentliche BauUnwesen praktiziert dieses Spiel jeden Tag. Also muss es wohl möglich sein, damit durchzukommen.

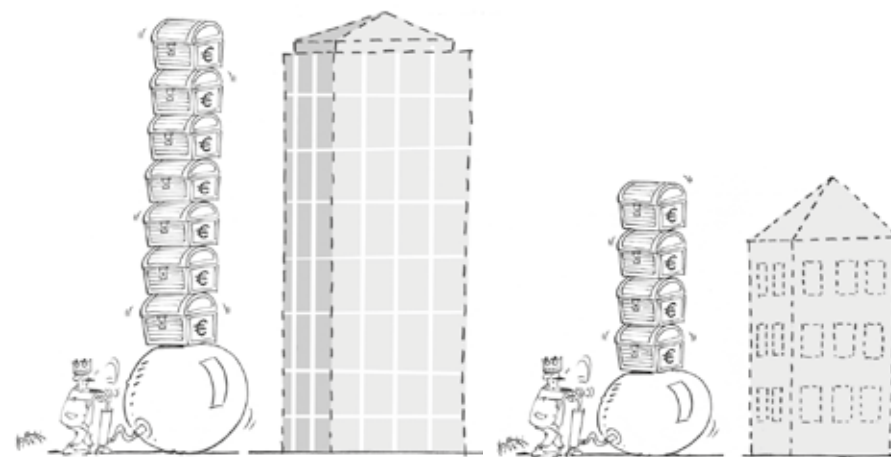


Abb. 79 Das deutsche BauWesen verleitet zu Dummheiten. Bauherren gehen mit zu wenig Budget an den Start und müssen deshalb Aufträge zu nicht auskömmlichen Preisen an den billigsten Bieter vergeben.

Strukturen und Eckpfeiler des deutschen BauWesens und -Unwesens

Nachfolgend wird auf die wichtigsten Elemente der gesetzlichen Regelwerke und staatlichen Vorgaben eingegangen, denen ein Bauherr, auch ein privater, heute im Laufe seiner BauUnternehmung mit Sicherheit begegnen wird.

Abkürzung	Was?	Wer?
HOAI	Honorarordnung von Architekten und Ingenieuren	Bundestag  Bundesrat
EnEV	Verordnung zur Energieeffizienz von Gebäuden	
StLB	Standardausreibungstexte für Bauleistungen	DVA = Deutscher Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen e. V. Wer? Politische Beamte aus Bund und Ländern mit ihren Auftragnehmern
GAEB	Elektronischer Datenverkehr Bauwesen	
VOB C = DIN 18299	VOB C Technische Vertragsbindungen von Bauleistungen	
VOB B = DIN1961	Vertragsordnung zur Ausführung von Bauleistungen	
VOB A = DIN1960	<u>Ausschreibung & Vergabeordnung von Bauleistungen</u>	
BGB §631-650	Bürgerliches Gesetzbuch	Bundestag  Bundesrat
Öffentliches Baurecht = Verwaltungsrecht		

Abb. 80 Übersicht über die Kernelemente der staatlichen (Un-) Ordnung des Bauwesens. Die wesentlichen Teile sind nicht von gewählten Parlamenten gestaltet, sondern von politischen Beamten im Auftrag des jeweiligen regierenden Politikers. Nur vor dem unterstrichenen Teil »Ausschreibung & Vergabeordnung« ist ein privater Bauherr wirklich sicher. Der Rest kann ihn bzw. wird ihn sicher mit seiner BauUnternehmung treffen, sobald es zum Streit kommt.

Als Ergebnis meiner Gespräche habe ich drei grundlegende und durchgängige Mängel in der staatlichen Ordnung des Deutschen Bauwesens identifiziert.

1. Perfektionistische Überregulierung kombiniert mit zu hoher Manipulierbarkeit durch Interessengruppen, die nicht das Gemeinwohl im Auge haben.
2. Ausgeprägtes Misstrauen gegen die Akteure und Wirkung des freien Marktes.
3. Keine auf das Wesen und Dynamik ausgerichtete Gesetzgebung für die privatrechtliche Beziehung der verschiedenen Akteure des Bauwesens.

Gesetzlich geregelt ist nur das Honorar, das der Bauherr an die Architekten und beratenden Ingenieure bezahlen muss. Da mischt sich der Staat ein. Das ist das einzige bauspezifische Gesetz, das durch Bundesrat und Bundestag verabschiedet wird. Es ist eine Art Mindestlohnsicherung für die rund 350.000 Architekten und beratenden Ingenieure (Planer), die mit Bauen befasst sind. Der Staat schreibt den Bauherren vor, was sie wann und in welcher Höhe zu bezahlen haben; siehe auch Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI). Was Sie als Bauherr dafür

bekommen, ist hingegen nicht gesetzlich geregelt, das müssen Sie selbst aushandeln. Das ist einem Gelegenheitsbauherrn nicht bewusst. Er rechnet nicht mit einem Gesetz, das Bezahlung ohne definierte Leistung vorschreibt. Wenn Ihnen als Bauherr bewusst ist, was Sie da an privatrechtlichen Verträgen mit Ihren Auftragnehmern aushandeln müssen, werden Sie Ihre Chancenlosigkeit erkennen. Denn Sie haben weder die Zeit noch die Kompetenz, solche Verhandlungen zu führen und Vertragsinhalte zu erarbeiten. Sie wollen jetzt losbauen.

Also müssen Sie sich verlassen auf etwas, das es schon gibt. Sie verlassen sich auf Verordnungen, Regelwerke und Standards, die für den öffentlichen Bau ausgearbeitet wurden.

Die wichtigste Verordnung, die Ihnen als Bauherr sicher begegnen wird, ist die VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen).

Sie wird von einem Verein mit dem klingenden Namen »Der Deutsche Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA)« erarbeitet. Dieser Verein besteht aus den Akteuren des öffentlichen Baus: Baubehörden, Ministerien und ihren Auftragnehmern. Der Vorstand und damit die Arbeitsinhalte des DVA werden von politischen Beamten dominiert. Diese sind vom jeweiligen regierenden Politiker abhängig und können jederzeit von diesem in den Ruhestand geschickt werden. Das Ergebnis der Vereinsarbeit des DVA ist nicht frei verfügbar und für den Bürger nicht bzw. nur gegen Bezahlung in Form von DIN-Normen ersichtlich. Ein weiterer Verein, das Deutsche Institut für Normung e. V., macht aus dem Ergebnis der DVA-Arbeit drei deutsche Normen (DIN 1960, 1961, 18299) und lässt sie über einen Verlag vermarkten, der dafür das Monopol hat. Da trifft es sich gut, dass ein Vorstand des DIN-Normungsvereins auch im Vorstand des DVA-Vereins sitzt.

Die Ergebnisse (Normen) des DVA-Vereins werden über einen Ministererlass per Unterschrift für den gesamten öffentlichen Bau in Deutschland in Kraft gesetzt.

Die Regelungen des DVA-Vereins bekommen damit indirekt für alle Bauvorhaben in Deutschland die Wirkung eines Gesetzes, obwohl sie als solches nie autorisiert wurden. Sie sind eine Art Notgesetz. Denn immer, wenn es zu einem Rechtsstreit zwischen Akteuren des Bauwesens über ein Bauprojekt kommt, wird der Richter aus Not auf die VOB des DVA e. V. zurückgreifen. Aus Not deshalb, weil es eben keine gesetzliche Regelung für das Bauen (Privatrecht) in Deutschland gibt. Ein Richter braucht für ein Urteil ja eine schriftliche Grundlage. Deshalb kombiniert er das allgemeine Werksvertragsgesetz § 631-650 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) mit der VOB. Die VOB interpretiert er als eine Art »Allgemeine Geschäftsbedingungen« (AGB) zwischen den Vertragspartnern eines Bauprojekts. Dieser im Teil B der VOB definierte Teil ist sehr umstritten. Er geht einfach von zu vielen idealen und irrealen Voraussetzungen aus. Auf Wikipedia gibt es eine eindrückliche und leicht

verständliche Beschreibung der Defizite der VOB. Ein Bau-Fachanwalt, der mich bei diesem Buchprojekt unterstützt, hat dessen kritischen Tenor bestätigt.

Die VOB hat viele Mängel. Sie führen bei der Öffentlichen Hand regelmäßig zu massiven Problemen mit Bauprojekten. In einem völlig freien Markt bilden sich bei Bedarf von selbst Regelwerke, wenn es einen wirtschaftlichen Sinn dafür gibt. Ein solches Regelwerk wäre weitgehend von den Kunden des Marktes bestimmt; Betreiber und Eigentümer von Immobilien. Denn, wer das Geld hat, hat das Sagen. Macht jedoch der Staat als großer Nachfrager und gleichzeitige Ordnungskraft ein Regelwerk, so werden die übrigen Marktteilnehmer kein aussichtsloses Unterfangen starten, ein alternatives Regelwerk in Konkurrenz zu etablieren. Durch diesen Folgeeffekt hat der Staat im Bauwesen die dominante Kraft. Das war so nicht geplant und beabsichtigt. So etwas ergibt sich einfach.

In der staatlichen Ordnung des Bauwesens bekommen in Deutschland die Vorstellungen der Regierenden und Interessenverbände Gesetzeskraft. Die amtierenden Politiker haben ihre politischen Beamten, die in ihrem Sinne wirken müssen. Um zu wirken, brauchen diese Beamten Hilfe, da ihnen eine, über Jahre gesicherte, ausreichende Budget- und praktische Bau Erfahrung fehlt. Da springen nun gerne die Hersteller von Bauprodukten helfend ein. Sie haben enorme finanzielle Mittel und stellen dem DVA e. V. gerne kostenlos Fachleute, Gutachter und wissenschaftliche Kompetenz bereit. Das spart dem Staat viel Geld. »Geiz ist geil« von Staats wegen.



Abb. 81 Mittelbeschaffung für die staatliche Ordnung des Bauwesens. Die Beamten müssen bei Herstellern und Verbänden um Hilfe betteln – der Staat selbst spart.



Geschichten aus Absurdistan auf deutschem Boden

Auszug aus dem Buch: BauWesen | BauUnwesen
(S.237-253)

ISBN 978-2-8399-1464-2
www.BauUnwesen.de



Abb. 109 Der Zustand öffentlicher Gebäude in Berlin. Beuth Hochschule Berlin im Januar 2014. Die jungen Menschen haben die Logik und das Funktionieren von Absurdistan jeden Tag vor ihren Augen.
(Quelle: Eigene Fotos)

Limburg: Ein »teuflischer« Fall des BauUnwesens

Die Kirche und der Staat leben beide von Steuern. Beide Organisationen sind bemüht, überall zu sparen. Beide haben immer zu wenig Geld. Ansprüche und Erwartungshaltung an sie sind zu hoch und wachsen immer schneller als die Einnahmen. Deshalb gibt es in beiden Organisationen Hunderttausende Mitarbeiter, die regelmäßig für ihre wichtigen Aufgaben keine Finanzmittel erhalten.

An der Spitze beider Organisationen stehen Menschen. Diese sehen, dass sehr viel Geld vorhanden ist und dass es trotzdem nie reichen wird, egal was sie tun. Das ist frustrierend. Einige Millionen Euro mehr oder weniger machen hier keinen Unterschied. Diese Menschen an der Spitze sind die Herren der Geldflüsse. Wenn ein Projektbudget von Finanzgremien erst einmal genehmigt ist, haben sie die Macht. Über den inhaltlichen Verlauf des Projekts und über alle Gelder, die fließen. Die Verantwortlichen sind zerrissen zwischen der Allmacht über bewilligte Finanzmittel und der Ohnmacht, alle berechtigten Ansprüche zu erfüllen.

In dieser für Staat und Kirche typischen Konstellation steht eine Baumaßnahme an. Die Menschen an der Spitze wissen genau: Sobald das Projekt gestartet ist, wird es auch beendet. Bauruinen gibt es weder beim Staat noch bei der Kirche. Die gibt es nur in der Privatwirtschaft in Südeuropa.

Das ist die Stunde der großen Versuchung für die Menschen an der Spitze. Sie müssen sich klar werden, wie und was sie denn bauen möchten. Sie werden die künftigen Bauherren sein.

Es gibt die Bauherren aus der Politik, denen ihr eigener Glanz und die Versorgung ihrer politischen Freunde sehr wichtig sind. Ihre Amtszeit ist begrenzt, die

Verantwortlichkeitspanne entsprechend kurz. Ein Rücktritt ist schnell erklärt und schon ist man aus der Schusslinie. Die Öffentlichkeit ist nicht überrascht, wenn solche Bauherren der Versuchung des BauUnwesens nicht widerstehen können. Zu bauen, was und wie man will, ist ein großartiges Gefühl, man spürt den Puls der Macht. Alles im BauUnwesen erleichtert es dem Bauherrn, seine eigentlichen Zielvorstellungen für sein Bauprojekt verdeckt zu halten. Diese werden erst langsam, scheibchenweise im Laufe des Baufortschritts offengelegt. Vor dem Spatenstich lässt man seinen Architekten bescheiden planen und das bescheidene Bauwerk dann an die billigsten Bieter vergeben. Damit passt es in den eigenen Finanzrahmen. Man ist schon bei der Freigabe sein eigener Herr.

Das ist die große Versuchung des BauUnwesens. Es muss eine wahrlich teuflische Versuchung sein, wenn selbst ein Mann Gottes ihr nicht widerstehen kann. Wenn eine Institution, die glaubwürdig das Credo von Bescheidenheit und Armut verfolgt, dem BauUnwesen zum Opfer fällt, ist Vergleichbares im öffentlichen Bau von Bund, Ländern und Kommunen alles andere als verwunderlich und unvorhersehbar. Es ist besser, die Versuchung zum Missbrauch von Bauprojekten und die systembedingten Vertuschungsmöglichkeiten zu beseitigen, statt Schuld beim einzelnen Menschen zu suchen.



Abb. 110 Der Auslöser des BauUnwesens. Teuflische Versuchung für den Bauherrn. Größer, prächtiger und einmaliger, ohne Plan und Budgetabdeckung.

Das Bauprojekt am Limburger Bischofssitz lief scheinbar völlig aus dem Ruder und wurde deshalb 2013 monatelang in der gesamten deutschen Presse behandelt. Dabei hat der Bauherr, der ehemalige Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst in puncto Bauwerk bekommen, was er wollte. Eine neue prunkvolle, großzügige Residenz, die allen Besuchern die Bedeutung des Bistums Limburg verdeutlichen konnte.

Es begann alles mit guten Absichten, schon drei Jahre bevor Franz-Peter Tebartz-van Elst zum Bischof von Limburg gewählt wurde. Es sollte nur ein altes, bestehendes Gebäude auf dem Domgelände saniert werden. Darin sollte der neue Bischof eine ansprechende Wohnung vorfinden. Vor der Wahl des Bischofs im November 2007 wurde aber entschieden, einen Neubau für den neuen Würdenträger zu errichten. Es sollte eine 150-170 m² große Wohnung eingerichtet werden. Der Neubau mit 313 m² Nettofläche und alle sonstigen begleitenden Baumaßnahmen am Limburger Bischofssitz sollten 4 Mio. Euro kosten. Nach Tebartz-van Elsts Amtsantritt im Januar 2008 begann das Bauvorhaben am Limburger Bischofssitz zu wachsen. Schlussendlich wurden auf dem Domberg zu Limburg über 31,5 Mio. Euro ausgegeben und der Bischof hatte eine Wohnung von 283 m². Die gesamte Netto-Neubaufäche beträgt 1.753 m². Bei der Fläche gab es ein Wachstum um den Faktor 5,6. Bei den Kosten betrug der Faktor 7,8.

Machen wir eine einfache Rechnung: Hätte der Bischof gleich gesagt, was er will, und sein Endziel von einem Architekten und seinen Planern offen und korrekt planen lassen, hätten die gesamten Baumaßnahmen 4 Mio. x 5,6 (Faktor Fläche) = 22,4 Mio. Euro gekostet. Die 9 Mio. Euro Differenz sind im wahrsten Sinne des Wortes zum Teufel gegangen. Das waren völlig unnötige Mehrkosten, nur weil das Projekt des Bauherrn Tebartz-van Elst von Anfang an völlig schief aufgesetzt war. Ich glaube nicht, dass er sich bewusst war, welche Büchse der Pandora er bei den Kosten öffnete, indem er einfach losgebaut hat. Was ihm an baulicher Praxis fehlte, konnte er durch politisches und verwaltungstechnisches Geschick ausgleichen. So verpflichtete er seine engsten Mitarbeiter zu strengster Vertraulichkeit und zum Stillschweigen. Er setzte damit alle Kontrollgremien außer Kraft. Das ist ganz im Stile von amtierenden Politikern in Deutschland. Höchste Geheimhaltungsstufe beim Schwindeln und Täuschen.

Zitat aus dem Untersuchungsbericht (Quelle: Abschlussbericht über die externe kirchliche Prüfung der Baumaßnahme auf dem Domberg in Limburg für den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz vom 14.2.2014):

„(...) Nach Aussagen der Domkapitulare war es auch an der Zeit, der satzungsgemäßen Zuständigkeit des Dom-Kapitels und der Verwaltungskammer nicht möglich, Informationen über das Bauvorhaben zu erhalten, da es neben dem Bischof nur drei verantwortlich handelnde Personen gab, die jedoch

zur Verschwiegenheit verpflichtet waren. Diskretion war eine Tugend, die höher rangierte als Glaube, Hoffnung und Liebe ... Und diese Sache mit der Diskretion, der Verschwiegenheit, die betrifft diese drei genannten Mitarbeiter, die verpflichtet wurden, über nichts zu reden, sodass auch ein zuständiger Dezernent für den einen oder für die beiden anderen nichts wusste und wissen durfte von dem, was seine Leute da machen.»

Der Bischof war sich der Sache mit der Geheimhaltung sehr sicher. Die Untersuchungskommission protokollierte:

«(...) Der Bischof hatte den Wunsch, dass der Bau in der Öffentlichkeit nicht zu einer Belastung für ihn würde, weshalb die tatsächlichen Kosten gering gerechnet und noch am 28. Juni 2013 offenkundig falsche Zahlen (9,85 Mio. Euro) öffentlich genannt wurden.»

«Gegenüber dem Gesandten des Heiligen Stuhls, Giovanni Kardinal Lajolo, wurden Anfang September 2013 durch den Bischof nicht die ihm bereits bekannten Zahlen angegeben (...)»

Im Oktober 2013 musste der Bischof wegen der 31,5 Mio. Kosten zum Papst nach Rom fliegen und den Kniefall machen.

Wenn sogar ein Bischof beim Bauen so schwach wird, stehen die regierenden deutschen Politiker mit ihren schiefen Bauprojekten gar nicht mehr so übel da. Die Politiker stehen im ständigen Wettbewerb um die Wähler und müssen jedes legale Mittel nutzen, bevor es der Konkurrent tut. Diesen Druck hatte der Limburger Bischof nicht.

Das BauUnwesen braucht einen sehr geschickten Verwaltungsapparat. Diesen haben wir in Deutschland und den hat auch die Kirche. Mit Geschick in der Verwaltung ist bei Bauprojekten alles möglich. Und das geht so:

Zitat aus dem Untersuchungsbericht:

«Auf Anweisung des Bauberrn wurde das Projekt »Haus der Bischöfe« ab ca. Dezember 2011 auf offiziell 10, de facto auf folgende 16 Einzelobjekte aufgeteilt (...)»

«Die vorgenannte Aufteilung, die allein aus Gründen der Darstellung entstand, wurde bei der Aufstellung der Leistungsverzeichnisse, Aufträge und Rechnungen im Bereich der Kostengruppe 300 nur teilweise, jedoch nicht durchgängig, durchgeführt.»

Mit diesen Aussagen ist klar, dass auch Architekt und Planer wussten, was der Bauherr Schräges im Sinne hatte. Aber diese sind es gewohnt stillzuschweigen.

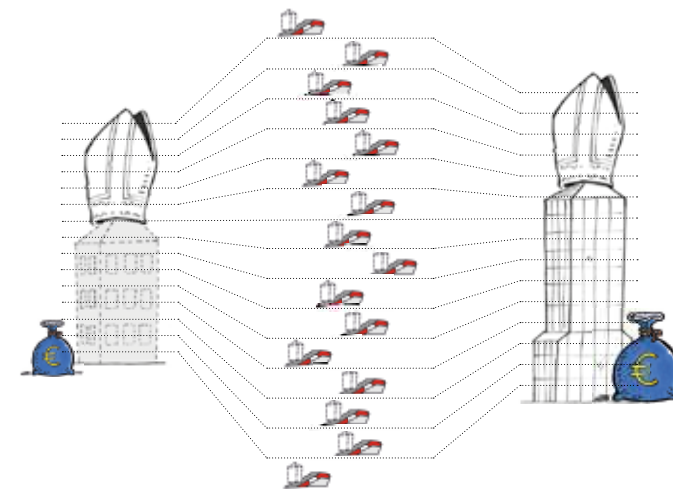
In der VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen) Teil A ist folgende Vertragsbedingung standardmäßig enthalten:

«10.1 Der Auftragnehmer darf Veröffentlichungen über die Leistung nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.»

Der öffentliche Bau hat durch die VOB dafür gesorgt, dass kein Schwindel an die Öffentlichkeit kommt. Man braucht wohl einen »Snowden« im Bauprojekt.

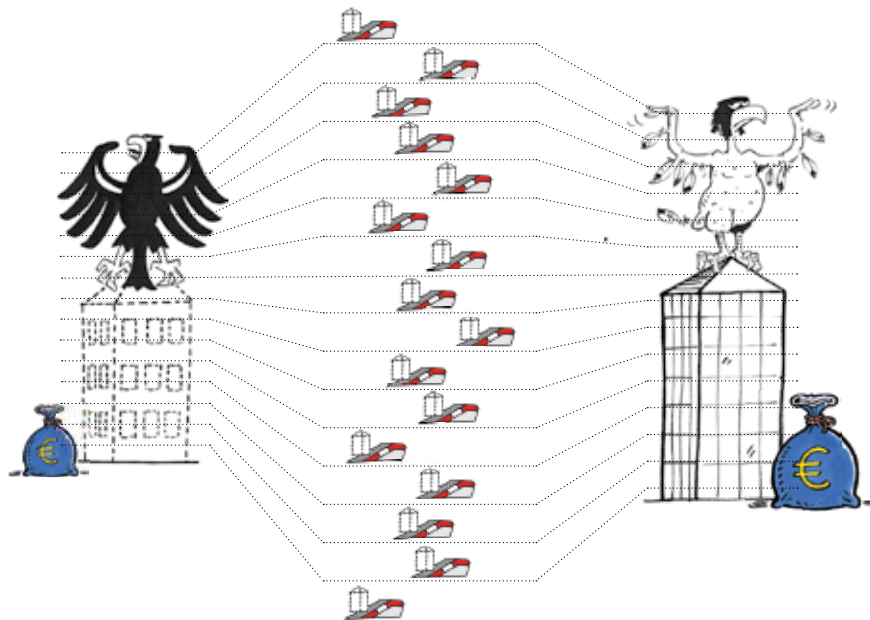
Die Baumaßnahme des Bauherrn Bischof von Limburg auf einer einzelnen Baustelle wurde so gut undurchsichtig gemacht und verdeckt, dass eine sechsköpfige Untersuchungskommission über vier Monate arbeiten und an acht Tagen zusammenkommen musste, um den 105-seitigen Bericht zu verfassen (www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2014/2014-050b-Abschlussbericht-Limburg.pdf).

Einer der wichtigsten Punkte aus meiner Sicht ist die Feststellung, dass von Franz-Peter Tebartz-van Elst und seinen Helfern mehrmals geltendes Recht gebrochen wurde. Bisher ist es fast risikofrei, Recht zu brechen. Das gilt für Limburg genauso wie auch für Bauprojekte der Öffentlichen Hand in Deutschland. Betrug bei Bauprojekten ist weniger riskant als Falschparken.



16 getrennte Projekte = 16 getrennte Budgets

Abb. 111 So können alle Kontrollen ausgehebelt werden: große Projekte in viele kleine Projekte zerlegen. So muss der Vatikan nie offiziell angefragt und informiert werden. Kein Teilprojekt lag über der magischen 5-Millionen-Euro-Grenze. Die Verwaltung des Bischofs hat vielleicht bei der Öffentlichen Hand in Deutschland gelernt.



x Teilprojekte = x getrennte Kostentöpfe

Abb. 112 So können alle Kontrollen ausgehebelt werden: große Projekte in viele kleine zerlegen. Am Ende weiß niemand mehr, was wie viel gekostet hat. Eine systematische Selbstvernebelung.

Geldmittel ohne Kontrolle und Grenzen – und es gibt keine Konsequenzen



Aktenberge, stille Zeugen

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Die Aufklärung der jahrelangen Millionenverschwendungen durch die landeseigene Bauverwaltung kommt nur mühsam voran und gerät selbst in die Kritik

Abb. 113 Ausschnitt aus dem Kölner Stadtanzeiger vom 24.4.2014. [Quelle: Kölner Stadtanzeiger]

Ein Bundesland braucht ein Aktenarchiv. Es wird die scheinbar sinnvolle Wahl getroffen, ein altes Gebäude am Duisburger Hafen dafür herzurichten. Es wird geplant und beschlossen. Das Bauprojekt »Neues Aktenarchiv für Nordrhein Westfalen« wird mit 30 Mio. Euro Budget freigegeben. Am Ende kostet es 190 Mio. Euro. Ein Mehrkostenfaktor von mehr als sechs. Und niemand weiß, warum es so ist und wie es dazu kommen konnte.

Ein eindrucksvoller Untersuchungsausschuss bestehend aus 13 Mitgliedern wird gebildet. Er befragt 44 Zeugen und kostet eine Million Euro pro Jahr. Für den Fall »NRW-Aktenarchiv« werden vom Untersuchungsausschuss 26.500 Seiten Ergebnisse produziert. Laut dem Zeitungsbericht sind das 100 Umzugskartons. Man kommt nicht so recht voran, weil wichtige Akteure wie die Bauunternehmen von ihrem Zeugenverweigerungsrecht Gebrauch machen. Aber die Kommission hat noch genug weitere Arbeit, zu der sie bisher noch nicht kam. Sie soll noch weitere gravierende Fälle in Nordrhein-Westfalen untersuchen, zum Beispiel den Neubau des Landeskriminalamtes und des Polizeipräsidiums in Köln. Im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler NRW für 2011 finden sich ungefähr ein weiteres Dutzend untersuchungswürdiger Fälle. Die Erfahrungen aus anderen Untersuchungsausschüssen von ausufernden Bauprojekten zeigen deren grundsätzliche Wirkungs- und Ergebnislosigkeit. Das ist teure politische Folklore für das Volk. Man zeigt Entschlossenheit, die reiner Aktionismus ist. Die Aufgaben und die Besetzung der Ausschüsse sind darauf ausgerichtet, dass für keinen Verantwortlichen etwas Gravierendes herauskommen kann. Und wenn doch, wird es als vertraulich klassifiziert. Der Steuerzahlerbund schlägt deshalb provokativ vor, die Steuerverschwendung in Form von Untersuchungsausschüssen einzustellen.

uch möchte man sich den nächsten ste
Ar- Und was bringt dem ge
dem Steuerzahler das Ra
sagt sich jahrelange Durchforsten sch
sich von Aktenbergen? – „A
iats- Das Geld ist weg Ju
der Steuerzahlerbund ler
rleit- den BLB-Fall vornehmen um sich rei
den den Sp
nen Re
ve

Abb. 114 Ohne Worte – sprachlos.
[Quelle: Kölner Stadtanzeiger vom
24.04.2014]

Das Geld ist sowieso schon weg. Ein interessantes Argument. Also warum gutes, zusätzliches Geld dem schlechten, bereits vergeudeten hinterherwerfen?

Das ultimative Ziel des BauUnwesens wird erreicht. Es soll bei Bauprojekten nicht mehr hingeschaut und untersucht werden. Ein Bauprojekt kann somit völlig gefahrlos zu einer unbegrenzten Geldquelle gemacht werden. Bisher war das rechtlich schon gefahrlos möglich. Ohne einen Untersuchungsausschuss fallen mühselige Befragungen und das Reputationsrisiko auch noch weg.

Das Resümee und die Generalabsolution am Ende lauten: »Ist wieder einmal dumm gelaufen.« Und es geht wieder zur Tagesordnung über.

Besser kann man nicht belegen, dass es auch beim Bauen der Öffentlichen Hand völlig kranke und abwegige Systeme staatlicher Unordnung gibt.



Abb. 115 Der Untersuchungsausschuss bei der Arbeit. Berge von Akten und die Lupenbetrachtung sollen den Blick auf den Verursacher verdecken und verhindern, dass die ganze staatliche Unordnung des Bauwesens thematisiert wird.

Was sagt uns Kapitel 1: »Bauwesen – BauUnwesen« zum Fall NRW-Landesarchiv?

Der Bund der Steuerzahler hat recht. Die Untersuchungsausschüsse sind Zeit- und Geldverschwendung. Das Problem beginnt in dem Gremium, welches ein Bauprojekt freigibt.



Abb.116 Vor dem Start des Bauprojekts. Die realen Kosten werden dem Gremium bewusst nicht genannt. Sie werden auf eine politisch akzeptable Höhe hinmanipuliert. Oft zieht jemand im Hintergrund die Fäden, der politisch und/oder wirtschaftlich von dem Projekt profitiert. Das ist der Verursacher und Schuldige. Den darf der Untersuchungsausschuss nie suchen oder benennen. Deshalb wird nie etwas ans Licht kommen und sich verändern.

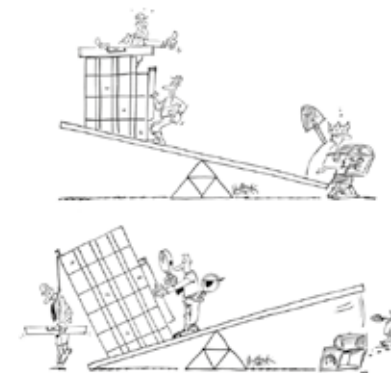


Abb.117 Das Projekt ist von Anfang an schief aufgestellt. Es wird zwangsläufig in Bau- und späteren Betriebskosten völlig schief liegen. Der Untersuchungsausschuss untersucht an der falschen Stelle und sucht die Schuld bei den Bauakteuren. Die wahren Verursacher machen sich aus dem Staub. Die langen Laufzeiten von Bauprojekten und die kurzen Lebenszyklen politischer Amtsinhaber verwischen jede Spur.

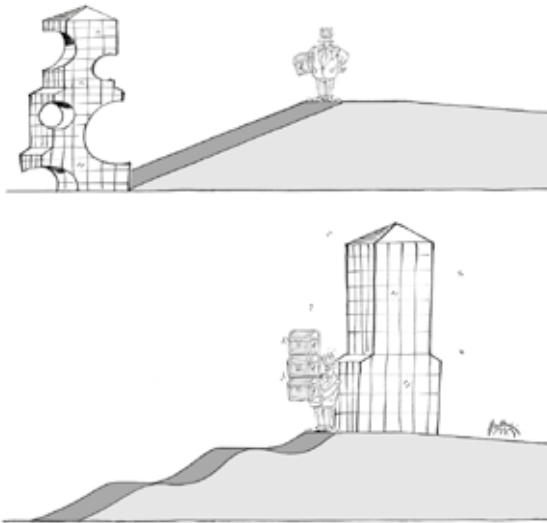


Abb.118 Das passiert bei »Kostenexplosionen«. Es wird nur ein Teil der benötigten Leistung kalkuliert. Die Ausschreibung bringt Dumpingangebote, die weit unter den realistischen Kosten liegen. Und während des Bauprojekts wird eifrig das in Deutschland übliche Nachtragsbauen betrieben. Das Bauziel wird bewusst ausgeweitet. Er wird das schon immer angestrebte größere und prächtigere Bauwerk erkenntlich. Bauen mit Nachträgen ist enorm kostspielig und macht das gesamte Bauprojekt viel teurer als bei professioneller Planung und auskömmlichen Preisen. So wird ein Aktenarchiv um mehr als Faktor sechs teurer. Das Deutsche BauUnwesen macht das möglich. Es lädt förmlich dazu ein.

Summe hörte, habe ich gesagt.

„Als ich das erste Mal von der Summe hörte, habe ich gesagt, wenn das Projekt unter 100 Millionen Euro bleibt, fresse ich einen Besen“

Jürgen Bendzko
wenn das Projekt unter 100 Millionen Euro bleibt, fresse ich einen

Abb. 119 Die Aussage des Projektleiters NRW-Landesarchiv im Duisburger Hafen. Der Baubudgetbetrug war von Anfang an klar und trotzdem ging es mit dem Projekt einfach weiter. Wenn man von einem realistischen Budget von 130 Mio. Euro ausgeht, können 60 Mio. Euro, also die Differenz zu den 190 Mio. Euro, als Schaden des Budgetbetruges angesetzt werden. Dafür muss in Deutschland niemand geradestehen. Das ist allgemeine Verkehrspraxis geworden. (Quelle: Kölner Stadtanzeiger 24.2.2014)

Ist das nur in NRW ein Problem?

Bei meinen Recherchen zu diesem Buch traf ich auch erfahrene und gewissenhafte Beamte aus dem Bau, der Liegenschaftsverwaltung und den Finanzministerien anderer Bundesländer. Nachdem ich mehrere Stunden mit einem leitenden Beamten

die konkreten Projekte diskutiert habe, habe ich das Verstandene in einer E-Mail zusammengefasst und bekam eine interessante Rückmeldung dazu. Sie zeigt in einer diplomatischen Art und Weise den politischen Druck und das schwierige Umfeld, denen Menschen im öffentlichen Bau ausgesetzt sind.

Mein E-Mail-Resümee aus dem Treffen:

»Sehr geschätzter Herr ...,

(...) bei guter Qualität in Technik und Bauausführung wird das Bauprojekt nun zu teuer. Der Budgetrahmen wäre schon vor dem Start überschritten. Um das Projekt doch noch vorwärts zu bekommen, sind dann die »Cheap in Mind«-Lockvogelangebote sogar die Rettung fürs Projekt. Und alle wissen schon, wie es endet: viel teurer und mit großem Verzug in der Realisierung; mit viel mehr Kostenaufwand und Problemen im Betrieb. Wenn die Sache dann doch zu schiefgeht, wird jemand als Schuldesele geopfert und alles läuft weiter wie gehabt.

Gruß

Jürgen Lauber«

»Sehr geehrter Herr Lauber,

(...) im ersten Moment will ich mich wehren, die Dinge differenzierter sehen, die Wortwahl korrigieren und entschärfen. Ich lese Ihren Text nochmals – und stelle fest, dass Sie den Kern der Sache getroffen haben. Die differenziertere Sicht: Keiner der Beteiligten will, dass das gemeinsame Projekt diese meist negative Eigendynamik entwickelt. Trotzdem fühlen sich alle Beteiligten gezwungen, ihre eigenen Interessen zu verfolgen. In der frühen Phase der Projektentwicklung trifft häufig der starke (politische) Wille zur Projektumsetzung auf die schwachen Kenntnisse der echten Randbedingungen. Ersterer wünscht sich eine günstige Kostenprognose, Letztere führen zu Kostenschätzungen mit großen Unsicherheiten. Hinzu kommt der wachsende Appetit (neue Anforderungen werden nachgeschoben) des späteren Nutzers beim Essen (Planung und Bau). Unter diesen Randbedingungen nimmt das Schicksal häufig seinen Gang (...)

Baubudgetbetrug im Herzen Berlins

Zu Beginn dieses Kapitels wurde Bauen als Ausdruck der Fähigkeit, Kultur und Orientierung eines Gemeinwesens beschrieben. Wie und was gebaut wird, sagt viel über den Zustand eines Staates und seiner Gesellschaft aus.

In diesem Sinne verheißt das neuste und größte Bauprojekt der Bundesrepublik Deutschland nichts Gutes. Es wird rückwärts gebaut. Im bereits mit viel Geschichte geschichtsträchtigen Herzen Berlins wird das ehemalige Schloss der preußischen Fürsten und Könige originalgetreu nachgebaut. Dort, wo einst der Palast der Republik stand, gehört sicher ein schönes, repräsentatives Gebäude hin. Und es macht auch Sinn, die vielen tollen Museen der Stadt Berlin aus alten Gebäuden in der Peripherie in das Herz der Stadt zu holen. Ein weiterer Besuchermagnet für die Stadt. Leider läuft dieses wichtige Bauprojekt wieder nach dem Prinzip des BauUnwesens ab. Das neue Berliner Stadtschloss oder auch Schloss Humboldtforum Berlin genannt (www.sbs-humboldtforum.de) hat das Potenzial dazu, das Wahrzeichen von Absurdistan auf deutschem Boden zu werden. Die Baumaßnahme wurde vom Bundestag beschlossen und von einem Ministerium kontrolliert. Die Projektleitung liegt beim Bundesamt für Bauwesen. Es wurde der im BauUnwesen erfolgreichste Projektleiter eingesetzt. Jemand, der gut vernetzt ist und alle Tricks kennt.



Abb. 120 Die Fassade des Berliner Schlosses wird originalgetreu nachgebaut.



Abb. 121 So soll das neue alte Berliner Schloss einmal aussehen. (Quelle: Eigene Fotos)

Beispiel eines Budgetbetrugs im öffentlichen Dienst

Der Unterzeichner war:

- Über zehn Jahre Geschäftsführer bei mittelständischen Bauträgern (private Wirtschaft)
- Drei Jahre Niederlassungsleiter einer weltweit agierenden Projektmanagementgesellschaft (in Deutschland, wesentlicher Kundenkreis: Öffentliche Hand).

»Bei einem Vergleich der dabei gemachten Erfahrungen bezüglich der Einhaltung der Projektsollvorgaben – hier Sollkosten – ist Folgendes festzustellen:

In der privaten Wirtschaft hätte eine mehrfache Überschreitung der Sollkosten bei von mir zu verantwortenden Projekten um mehr als fünf Prozent zu persönlichen Konsequenzen geführt: Die Gesellschafter der Unternehmen, in denen ich Geschäftsführer war, hätten mich schlicht und einfach rausgeworfen.

Bei Projekten der Öffentlichen Hand werden Kostenüberschreitungen offensichtlich (von vorneherein) billigend in Kauf genommen – nur zwei Beispiele dazu aus der eigenen Praxis:

- *Bei der beauftragten Kostenschätzung für ein jetzt im Bau befindliches öffentliches Projekt in Berlin kamen wir zu einem Ergebnis von ca. 620 Mio., die Vertreter der Öffentlichen Hand setzten uns unter Druck, eine Kostenschätzung von ca. 430 Mio. abzugeben. In unserer Kostenschätzung von 620 Mio. waren realistische Ansätze für in der damaligen Vorplanung z. T. nur unklar definierte Nutzungsbereiche enthalten. Wir haben unter Druck eine entsprechende Kostenschätzung mit ca. 430 Mio. – jedoch mit einem langen Vortext, was in der Kostenschätzung nicht enthalten war – abgegeben. Derzeit geben die Beteiligten eine einzuhaltende Kostenobergrenze von 590 Mio. an – jedoch ohne historische Kuppel, Dachrestaurant etc.*

Die wesentlichen Unterschiede bezüglich der Einhaltung der Sollkosten im privatwirtschaftlichen und öffentlichen Bereich sind (kurzgefasst):

- *In der privaten Wirtschaft können Überschreitungen der ursprünglich geplanten Sollkosten bei Projekten zu erheblichen Folgen führen – bis hin zur Insolvenz eines Unternehmens – da haben die Gesellschafter eines Unternehmens »massiv den Daumen drauf«.*
- *Im öffentlichen Bauen ist das Interesse der Beteiligten:*
 - *Projekte erst einmal über die Hürde der politischen Zustimmung zu bringen; dabei werden (zielgerichteter und subtiler als in der privaten Wirtschaft) Projektbeteiligte aussortiert, die beim »Schönreden des Projekts« nicht bereit sind, mitzumachen.*
 - *Und dann setzen alle Beteiligten darauf, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt solche Projekte nicht mehr gestrichen werden und die Öffentliche Hand schon nachfinanzieren wird.*
 - *Und niemand hat »massiv den Daumen drauf«, weil die politischen Konstellationen wechseln,*

· weil die Beteiligten (Politiker, Planungsbeteiligte etc.) eher Eigeninteressen (Medienwirksamkeit, Honorare etc.) haben

· und weil es (erfahrungsgemäß in diesem System) der Steuerzahler schon irgendwie nachfinanzieren wird.«

Berlin

08.03.2014

[Quelle: Vorliegendes Schriftstück der in Berlin interviewten Person]

Bevor wir sehen, was unsere Regierung im Bauwesen unternimmt, ist es hilfreich, ein Zitat des langjährigen Präsidenten des Verbandes Beratender Ingenieure zu lesen.

«(...) Die Realität sieht jedoch anders aus. Bei kaum einem öffentlichen Projekt gibt es Kostenehrlichkeit. Man plant nicht, was ein Vorhaben wirklich kostet, sondern man korrigiert die oft nur geschätzten Ausgaben so lange nach unten, bis das Bauvorhaben genehmigungsfähig scheint«, erläutert Dr. Volker Cornelius die gängige Praxis.

Eine belastbare Planung als Grundlage jeder soliden Kostenaussage fehlt zu diesem Zeitpunkt. Die Folge dieser Augenwischerei: Kaum ein Projekt bleibt innerhalb der ursprünglich avisierten Kosten.

13.01.2013

Dr. Ing. Volker Cornelius

[Quelle: Zentralverband der Ingenieursvereine]

Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht!

Das politische Leben kennt überall die gleichen folkloristischen Elemente. Sie geben den Akteuren den Anschein von Tatkraft und Entschlossenheit. Es beruhigt das Volk, weil scheinbar etwas passiert. Die Presse bekommt genug Futter, um mühe- und risikolos viele Seiten zu füllen und den Leser zu unterhalten. Eine absolute Win-win-Situation.

Wenn nach dem Empfinden des Bürgers etwas schiefging, ist der Untersuchungsausschuss das Mittel der Wahl. Wir hatten ein Beispiel im vorhergehenden Abschnitt gesehen.

Wenn aber etwas wie beim öffentlichen Bauen scheinbar dauernd schief geht und Wahlen vor der Tür stehen, reicht die Untersuchungsausschuss-Folklore nicht mehr.

Darum wird am 17. April 2013 mit viel Presseecho die nächsthöhere Stufe der politischen Folklore eingesetzt. Vom damals zuständigen Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer wird eine Reformkommission für Großprojekte ins Leben gerufen. Schon im Titel steckt eine hintersinnige Verengung der Probleme beim Bauen auf den ungreifbaren Begriff »Großprojekt«. Als ob mittlere und kleine Bauprojekte keinen Reformbedarf hätten.

Die Bürger fühlen sich oft betrogen, weil die Projekte immer klein gerechnet werden, um sie politisch durchzusetzen. Diese seit vielen Jahren geltende Politik – auch Ihres Hauses – hat die Proteste erst wachsen lassen.

»Das kann ich als Grundsatzkritik so nicht stehenlassen: Zunächst planen wir Projekte ja zum Nutzen der Gesellschaft, nicht gegen ihre Interessen. In aller Regel wird gründlich kalkuliert und frühzeitig informiert, kein Bauherr macht die Zahlen transparenter als die öffentliche Hand. Aber die enormen Preissteigerungen bei einigen Prestigeobjekten haben das Vertrauen der Öffentlichkeit erschüttert. Deshalb ist es umso wichtiger, Klarheit zu schaffen, um überhaupt noch Großprojekte umsetzen zu können«

Abb. 122 Frage [Journalist] und Antwort [Bundesminister] zum Start der Reformkommission. Die Frage zeigt, wie gut die Presse darüber Bescheid weiß, wie es im deutschen Bauwesen läuft. Für die Antwort hätte Herr Dr. Peter Ramsauer den »Goldenen Pinocchio« in Überlänge verdient.

[Quelle: Handelsblatt 16. April 2013]

Das Ministerium, welches die Budgetierung des Berliner Stadtschlusses über das Bundesamt für Bauwesen auf das gewünschte Maß hin manipulieren lässt, soll nun eine Reformkommission durchführen, die eigentlich dazu führen müsste, so etwas künftig nicht mehr machen zu können!

Gut, dass die Sache mit der Reform nicht so ernst gemeint ist. Die Reformkommission hat wie eine Untersuchungskommission drei sichere Auswirkungen. Sie zeigt Tatkraft, sie gewinnt Zeit und sie hält alle Beteiligten von eigenständigem Handeln bzw. Denken in der Sache ab. Bei meinen Recherchen traf ich auch Menschen, die in dieser Reformkommission beteiligt sind. Die wollen offiziell nicht in Verbindung mit diesem Buch gebracht werden. Alle Beteiligten müssen nach außen an den sicheren Erfolg der Reformkommission glauben. Alles andere wäre Verrat und würde zum Ausschluss aus dem exklusiven Klub der ministerialen Lieblinge führen. Der Albtraum eines jeden Lobbyisten.

Aus dem Ministerium von Dr. Peter Ramsauer kam zum Start der Reformkommission folgende Pressemitteilung:

»Die Öffentliche Hand hat auch als Bauherr eine besondere Verantwortung. Die Bürger in Deutschland erwarten zu Recht, dass mit Steuergeldern sorgsam umgegangen wird. Es geht darum, dass Projekte mit guter Qualität und

im gesetzten Kosten- und Terminrahmen realisiert werden. Einige prominente Baumaßnahmen sind in letzter Zeit aus unterschiedlichen Gründen hingegen buchstäblich zu einem Fass ohne Boden geworden. Auch wenn es Ausreißer sein mögen, solche Projekte schädigen den Ruf Deutschlands als Ingenieurs- und Techniknation. Daher habe ich die Initiative ergriffen und eine Expertenkommission mit Privatwirtschaft und Öffentlicher Hand eingerichtet, um dem Problem auf den Grund zu gehen und wirksam gegenzusteuern«

(Quelle: BMVI).

Um den Problemen auf den Grund zu gehen und wirksam gegenzusteuern, hat unsere Regierung eine große und hochrangig besetzte Kommission ins Leben gerufen.

Sie besteht aus 36 Personen. Die Liste zeigt viele klingende Namen und alle wichtigen Organisationen. Leider sind die professionellen Betreiber von Liegenschaften, also die Facility-Management-Branche nicht mit am Tisch. Wenn schon das Bauen nicht funktioniert, kann man beim Reformieren nicht auch auf die Betriebsphase Rücksicht nehmen, in welcher 80 bis 90% der Gesamtkosten für die Gebäude entstehen. In der Arbeit der Kommission haben die Rechtsanwälte das Sagen. Viele der klingenden Namen aus der Praxis wollen ihre Zeit nicht in hoffnungslosen Kommissionen verschwenden und lassen sich durch ihre Anwälte vertreten.

Nun kann man ahnen, was aus dieser Kommission werden wird. Was garantiert entstehen wird, sind fürstliche Kosten. Wenn ein Untersuchungsausschuss in Duisburg mit 13 Personen eine Million Euro pro Jahr kosten kann, wird die Hauptstadt mit einer 36-köpfigen Kommission sicher nicht knausern. Vielleicht hilft das sichtbare geringe Engagement der Verantwortlichen bei der Kostendämpfung.

Dr. Peter Ramsauer wurde abgesetzt. Die Reformkommission in das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (www.bmvi.de) verschoben. Scheinbar ist beim Verkehrswegebau der Leidensdruck höher als beim Hochbau. Bis zum aktuellen Stand am 14.06.2014 hat die Reformkommission nach dem Kick-off am 17.04.2013 und dem Wahlverspiel am 19.06.2013 kein weiteres Mal getagt. Als Ziel hat die Reformkommission bis Mitte 2015 ein Handbuch für Großprojekte vorzulegen.

Aus der Zusammensetzung der Kommission und der verfügbaren Ressourcen kann ein eindrückliches Werk erwartet werden. Es wird stilistisch eine Neuschöpfung, eine Kombination aus Rechtsanwaltsjargon und Verwaltungslyrik, sein. Wenn das Handbuch zweieinhalb Jahre nach Start der Reformkommission vorliegen sollte, darf von einer mindestens einjährigen Einführungsphase ausgegangen werden. Das bringt uns schon nahe an die nächste Wahl. Und da werden die Karten neu

gemischt. Vielleicht erbt dann der politische Gegner das ungeliebte Kind Reformkommission. Wenn man Glück hat und die großen Probleme mit den bundesweit bekannten Bauprojekten gelöst sind, kann man die ganze Sache auch einfach einschlafen lassen.



Abb. 123 Die große Reformkommission »Großprojekte«, die beim Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur angesiedelt ist. Menschen, die als operative Akteure unter den Folgen des BauUnwesens leiden, findet man keine. Aber es gibt genug Menschen, die profitieren, wenn Bauen noch komplizierter und teurer wird. So sieht die staatliche Wirkungs- und Gestaltungskraft heute aus.

Staatlich organisierte Geheimhaltung und Angst

Auszug aus dem Buch: BauWesen | BauUnwesen
(S.254-258)

ISBN 978-2-8399-1464-2
www.BauUnwesen.de

STAATLICH ORGANISIERTE GEHEIMHALTUNG UND ANGST

Damit das deutsche BauUnwesen ungestört funktionieren kann, benötigt es eine Kombination aus Angst und Intransparenz. Auf der Seite der Öffentlichen Hand wird Angst durch Korruptionsverdacht erzeugt. In mancher Körperschaft des öffentlichen Rechts reicht schon der leiseste Verdacht auf Korruption, um freigestellt bzw. entlassen zu werden. Wer unliebsam und aufmüpfig ist, wird kaltgestellt. Irgendetwas findet sich immer. Korruption ist das einzige Mittel, mit dem im öffentlichen Dienst ein Mitarbeiter straflos an die Öffentlichkeit oder zum Staatsanwalt gehen darf.

§37

§ 37 Beamtinnen und Beamte haben über die ihnen bei oder bei Gelegenheit ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt auch über den Bereich eines Dienstherrn hinaus sowie nach Beendigung des Beamtenverhältnisses.

Das gilt nicht, soweit ...

1. Mitteilungen im dienstlichen Verkehr geboten sind,
2. Tatsachen mitgeteilt werden, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen, oder
3. gegenüber der zuständigen obersten Dienstbehörde, einer Strafverfolgungsbehörde oder einer durch Landesrecht bestimmten weiteren Behörde oder außerdienstlichen Stelle ein durch Tatsachen begründeter Verdacht einer **Korruptionsstraftat nach den §§ 331 bis 337 des Strafgesetzbuches angezeigt wird.**

Dienstliches Lügen und Betrügen seitens seiner Vorgesetzten muss ein Beamter vertraulich behandeln und auch nach seinem Ausscheiden für sich behalten. Er nimmt es mit ins Grab. Es drückt ihn dennoch, deshalb spricht er unter vier Augen darüber. Mir hat ein beamteter Helfer eines bundesweit bekannten Politikers beschrieben, wie die Budgetvorgabe läuft und welche Methoden dann zur Verfügung stehen, um das Projekt »erfolgreich« aussehen zu lassen. Ein Beamter, der das gut kann, macht Karriere.



Abb.124 Nicht nur auf der Baustelle sind diese Haltungen erfolgreich. Auch für die Beamtenlaufbahn kann eine lange Nase sehr hilfreich sein.

Über die Anstellungsverträge lassen sich die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch sehr wirksam gegenüber den Betrügereien der Wähler und Steuerzahler mundtot machen.

Schwieriger ist es mit den Bauauftragnehmern. Das sind freie Unternehmer. Sie hätten allen Grund dazu, sich über ihre öffentlichen Auftraggeber auszulassen, denn diese verhalten sich ihnen gegenüber knallhart.

Die Vertreter der Öffentlichen Hand dürfen keine Loyalität oder Nachsicht mit ihren Auftragnehmern zeigen. Das könnte ihnen sonst später als Zeichen von Bestechung ausgelegt werden. Jeder Auftragnehmer kennt wahrscheinlich einen unschuldigen Kollegen, der in einem Bauprojekt der Öffentlichen Hand den Kopf für die prinzipiellen Fehler der Auftraggeberseite hinhalten musste.

Damit die Auftragnehmer die unglaubliche Verschwendung an Geld und die »Dummheiten« der öffentlichen Bauherren und derer Herren nicht an die Öffentlichkeit bringen, gibt es das deutsche Baugesheimnis. Schon die staatlich sanktionierte Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) verlangt Vertraulichkeit bezüglich der erbrachten Bauleistungen, dies sichert jedoch nicht die Geheimhaltung des Vorgehens auf der Baustelle und bei der Organisation des Bauprojekts. Ein Auftragnehmer könnte die Informationen seines Kollegen weitergeben. Deshalb ist es

gängige Praxis öffentlicher Bauprojekte, eine umfassende Geheimhaltung zu vereinbaren. Alles auf der Baustelle wird als geheim erklärt. Jede Information von der Baustelle und dem Bauprojekt, die weitergegeben wird, wird als Geheimnisverrat eingestuft.



Abb. 125 Der Verschwiegenheitsvertrag für die Arbeit an Berliner Flughäfen. (Quelle: Anonym)

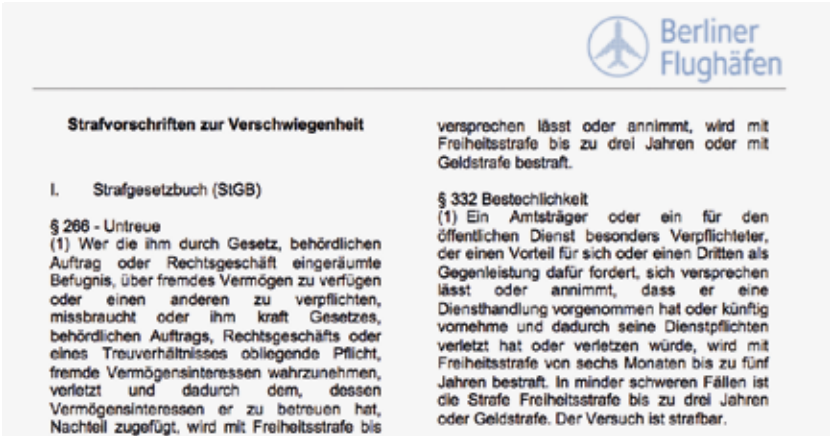


Abb. 126 Wer sich mit drei Seiten Kleingedrucktem konfrontiert sieht, bekommt Angst. Das ist exakt das Ziel, um alle Machenschaften und Täter des BauUnwesens zu decken. (Quelle: Anonym)

Geheimschutz auf höchster Stufe

Um sicherzugehen, dass alle Beteiligten Angst davor haben, etwas von einem BauUnwesen-Projekt preiszugeben, empfiehlt es sich, den Geheimschutzservice des Wirtschaftsministeriums zu nutzen. Ich kam damit in Kontakt, als ich die enorme Angst vor meinen Quellen beim Thema »Neue Bundesnachrichtendienst-Baustelle« in Berlin spürte.

Die Experten im Wirtschaftsministerium waren mir gegenüber sehr auskunftsfreudig. Sie sind stolz auf ihre sinnvolle Aufgabe, die konstruktiven Gegebenheiten von wichtigen öffentlichen Bauwerken geheim zu halten.

In der Praxis sieht das jedoch so aus, dass alles um ein Projekt dem Geheimschutz unterliegt. Jede öffentliche Körperschaft kann die Auftraggeber nennen, welche in das Geheimchutzprogramm aufgenommen werden sollen. Das Wirtschaftsministerium sieht sich nicht als Prüfstelle, es ist ein Geheimdienstleister der Öffentlichen Hand.

Auch die Ergebnisse von Bauprojekten vor dem Bürger verdeckt halten

Was bei einem Bauprojekt läuft, wird mit den oben aufgeführten Methoden wirksam geheim halten. Problem mit der Endrechnung bleibt aber noch. Werden Projekte 20 bis 30% teurer als budgetiert, können sie über geschickte Kostenstellenaikrobatik (siehe Abschnitt Limburg) immer noch als erfolgreich dargestellt werden. Bei Projekten, die um den Faktor 2 und mehr daneben liegen (z. B. Neues Berliner Stadtschloss) wird das schwer. Dort fallen die Manipulationen bei den Abrechnungen sehr wahrscheinlich auf. Der Bundesrechnungshof ist die Schwachstelle in der Geheimhaltung, dort wird die Wirklichkeit in Form von bezahlten Rechnungen schonungslos abgebildet.

Als wollte der Bundestag die Ausbreitung von Absurdistan in Deutschland decken, wurde bei »Nacht und Nebel« in weniger als 20 Sekunden ein neues Gesetz verabschiedet. Am 14. Juni 2013 um 00.25 Uhr beschloss der Bundestag einstimmig, in Zukunft den Bürgern die Einsicht in die Unterlagen des Bundesrechnungshofs zu verwehren.



Abb. 127 So wird das BauUnwesen gestärkt. Freie Bahn für Absurdistan auf deutschem Boden. (Quelle: Zeit Online)

Die Praxis des deutschen Presse- und Medienrechts als letzte Sicherung der Intransparenz

Mit den Akten des Rechnungshofs und den oben beschriebenen Vertraulichkeitsvorkehrungen sind die Profiteure des BauUnwesens noch nicht sicher genug. In der Vorbereitung zur Lancierung dieses Buches habe ich das erste Mal in meinem Leben mit dem deutschen Presse- und Medienrecht Bekanntschaft gemacht. Um wirklich zu verstehen, wie die rechtliche Praxis aussieht, habe ich mir zur Beratung eine sehr renommierte Kanzlei in unserer Hauptstadt Berlin gesucht.

Was ich verstanden habe, hat mich erschüttert. Für Presseleute ist es in Deutschland relativ schwierig und risikoreich, auf Missstände hinzuweisen und Verfehlungen aufzudecken. Der Schutz der Angegriffenen ist sehr hoch. Ohne Beweise in der Hand oder Zeugen geht eine Zeitung oder ein Publizist ein hohes Risiko ein. Folgt er den Regeln der Verdachtsberichtserstattung, führt das in der Praxis seine journalistische Arbeit ad absurdum. Die Vorgaben, vor Publikation anfragen zu müssen, die Reaktion abzuwarten und die Verpflichtung, die Stellungnahme mit zu veröffentlichen, machen aufklärenden Journalismus faktisch zum Unding. Nur die großen Zeitungen können aufgrund ihres Einflusses gut Risiken eingehen. Die drohende negative Berichterstattung hält die Betroffenen von der Klage ab. Wenn in den Kontrollgremien von großen Pressekonzernen wie Springer jedoch bundesweit tätige, einflussreiche Immobiliengeschäftsleute sitzen, ist bei Redakteuren die Bereitschaft, Risiken einzugehen zusätzlich gedämpft.

Die Journalisten finden in Absurdistan zwar Informationen und wissen, was läuft, aber wegen des enormen Geheimhaltungsaufwands stehen die Informanten nicht als Quellen zur Verfügung. Man kann seine Informationen damit nicht publizieren, weil sie nicht beweisbar sind, auch wenn allgemein bekannt ist, dass sie stimmen. Die Meinungsfreiheit hilft Publizisten und Journalisten auch nicht weiter. Sobald ein Angriff in der Meinung steckt, muss diese wieder beweisbar sein.

Die Meinungsfreiheit gilt nur an Orten und bei Gelegenheiten, wo keiner zuhört. Sobald andere Menschen im öffentlichen Raum betroffen sind, wird sie zur Theorie.



Abb. 128 Was im deutschen BauWesen läuft, ist durch mehrere Schichten der Geheimhaltung und Intransparenz von der Öffentlichkeit abgeschirmt. Man kann die Bürger nach Belieben belügen. Man kann ihnen sagen, was sie hören wollen, damit sie beruhigt sind. Die Ausbreitung von Absurdistan auf deutschem Boden kann weitergehen.

Gab es Bundesverdienstkreuze für Elbphilharmonie und Berliner Flughafen?

Auszug aus dem Buch: BauWesen | BauUnwesen (S.320-322)

ISBN 978-2-8399-1464-2
www.BauUnwesen.de

So kamen die viel zu tiefen Budgetkosten von 241 Millionen zustande. Mit zu hohem Optimismus aufseiten des Bauherrn, wie es in den Zeitungsberichten dann nett heißt, hat das nichts zu tun.

Wäre die Ausschreibung und Angebot öffentlich im Internet gewesen, hätte erst gar niemand einen solchen Trick versucht. Offenheit und Transparenz ersticken Betrügereien im Keim. Es blieb am Ende des Ausschreibungsverfahrens nur ein Bieter, also Hochtief übrig. Das Projekt war für alle Bauleute erkenntlich schon von Anfang an schief. Eine eigentlich absurde Geschichte, dass weder die deutsche noch die europäische Bauindustrie das neue Wahrzeichen von Hamburg bauen wollten. Die Sache war so anrüchig, dass es am Ende nur einer wagte. Damit fiel die Wahl auf das beste vorliegende Angebot gemäß der öffentlichen Vergabeordnung VOB ganz einfach.

Den damaligen Wagemut des Hochtiefmanagements müssen heute die Mitarbeiter bezahlen. Für Hochtief wurde das Projekt zu einer sehr hohen Belastung. Der Hochtief-Manager, den ich traf, berichtet mir, dass zwischenzeitlich für alle Mitarbeiter alle außertariflichen Leistungen gestrichen wurden. Mit mehr als 800 Millionen Euro Kosten wurde die Elbphilharmonie also nicht nur für die Steuerzahler in Hamburg eine schwere Last.

Mit den zwei geforderten gesetzlichen Änderungen gibt es also, wie wir gesehen haben, keine neuen »Elbphilharmonie-Projekte« mehr. Das Gleiche gilt für den neuen Berliner Flughafen: Dort weiß ich von Beteiligten, dass das Budget für die Gebäudetechnik wissentlich Faktor 2 zu tief war. Mehr durfte es politisch motiviert eben nicht sein. Es wurde trotzdem losgebaut. Die Folgen sind katastrophal. Damals durfte wegen der Vertraulichkeitsverpflichtung niemand darüber sprechen. Wenn die Kostenberechnungen offen und transparent im Web von jedem gesehen und nachvollzogen werden können, ist es nicht mehr möglich, Bauprojekte zum eigenen Vorteil zu missbrauchen.

Gab es Bundesverdienstkreuze für Elbphilharmonie und Berliner Flughafen?

Wenn etwas möglich ist, wird es geschehen. Im BauUnwesen wird zu viel, zu prächtig und dann noch zu teuer gebaut. Das ist ärgerlich. Absurd wird es dadurch, wenn die Nutznießer des BauUnwesens dafür noch Bundesverdienstkreuze verliehen bekommen.

Bis ich am 11.6.2014 in Berlin einen Beratungstermin bei einem Fachanwalt für Medien- und Presserecht hatte, gab es im Buchmanuskript eine mehrseitige Persiflage, die erklärte, wie es zum 800-Millionen-Euro-Elbphilharmonie-Debakel kommen konnte. Dem 5,4 Millionen teuren Untersuchungsausschuss ist dies bis zum Abschlussbericht im April 2014 nicht gelungen. Er hat sich wie üblich mit einer



Abb. 159 Die Ergänzung des bestehenden Grundgesetzartikels 5 und die Präzisierung des Strafgesetzbuchartikels § 266 wird die Wirkung eines Betondeckels haben. Das schwarze Loch wird geschlossen. Absurdistan ist gestoppt. Das Fundament für Neues ist gesetzt.

akademischen Untersuchung der Symptome des BauUnwesens, aber nicht mit den Ursachen beschäftigt (Quelle: Bund des Steuerzahler Hamburg).

Nach der Beratung durch den Anwalt habe ich mich entschieden, die Geschichte aus dem Buch zu nehmen. Ich konnte nicht alle Elemente der Persiflage beweisen und wäre damit ein zu großes finanzielles Risiko eingegangen. Die Frage, ob Verantwortliche bei der Elbphilharmonie und dem Berliner Flughafen fünf Verdienstkreuze bekamen, bleibt in diesem Buch unbeantwortet. Über www.BauUnwesen.de und Wikipedia kann jeder seine eigene Antwort darauf finden.



Abb. 160 Der Elitebürger: Kann er in Deutschland das BauUnwesen zu seinem Vorteil ausnutzen, das Gemeinwohl mit hunderten Millionen Euro belasten und doch die höchste Ehren und Verdienstmedaillen bekommen? Oder geht so etwas nicht?

DER WEG ZUM BAUWESEN VERSION 2.0 FÜR DEUTSCHLAND

In Deutschland hat sich ein staatlich reglementiertes BauUnwesen entwickelt. Dieses führt zu absurden Konstellationen, wie gerade bei den Bundesverdienstkreuzen beschrieben. Das ganze Thema ist für den guten, starken Teil Deutschlands beschämend.

Damit ist diese schlechte aktuelle Lage aber auch eine einzigartige Chance. Dass es Deutschland diese systematischen Auswüchse gibt, kann ein Vorteil gegenüber anderen Ländern sein. Der Druck und die Bereitschaft, etwas wirklich Neues zu machen, sind größer.

Das bisherige Bauwesen 0.9 kann durch etwas Neues ersetzt werden, das besser ist als die Bauwesen anderer Länder. Ist das schwarze Loch des BauUnwesens geschlossen, kann ein großer Schritt unternommen werden. Wie sieht dieser Schritt aus? Was bringt er?

5 Bundesverdienstkreuze bei Elbphilharmonie und Berliner Flughafen

PDF von
www.BauUnwesen.de/die-Bauluege

FÜNF BUNDVERDIENSTKREUZE BEI ELBPHILHARMONIE UND BERLINER FLUGHAFEN!

Oder: Unglaublich Beschämendes aus dem deutschen BauUnwesen!

Das deutsche Bauwesen macht es möglich, Bauprojekte zu manipulieren und für eigene Interessen zu nutzen. Das ist völlig legal, verdeckt und folgenlos möglich. Erfahrene Politiker, Immobilienmakler und Bauleute wissen und können das.

Wenn Bauprojekte mit absurd tiefen Budgets gestartet werden (z. B. Elbphilharmonie mit 2.000 Euro/m²) werden die Bauwerke in der Realisierung sehr viel teurer als bei normaler, realistischer Budgetierung.

Durch massive Budgetmanipulation (Beispiel: Berliner Stadtschloss) werden die scheinbaren Kosten zur Freigabe durch die Volksvertreter auf ein »akzeptables« Niveau manipuliert. Durch die folgende übertriebene und verpfuschte Realisierung entsteht dem Gemeinwohl ein Schaden beim Bauen und in erhöhten Unterhaltskosten, solange das Bauwerk in Betrieb ist. Wer das deutsche Bauwesen kennt und dennoch solche Bauprojekte vorantreibt, nimmt diesen Schaden wissentlich in Kauf.

Er hat sich rein rechtlich nichts zuschulden kommen lassen, aber er handelt moralisch verwerflich. Er sollte nicht noch öffentlich für die Verdienste um das Gemeinwohl geehrt werden. Das ist zynisch und absurd.

Es kommt aber häufig vor. Das ist der absolute Gipfel der Verhöhnung unserer gesellschaftlichen Ordnung und unseres gesunden Rechtsempfindens. Es gehört gestoppt. Dazu muss dies erst einmal bekannt und bewusst sein.

An die Anstifter, Initianten und Verantwortlichen der zwei größten ausufernden deutschen Bauprojekte mit internationaler Bekanntheit wurden fünf Bundesverdienstkreuze verliehen.

In welchem Umfang die fünf Personen durch die Bauprojekte finanzielle und persönliche Vorteile zulasten des Gemeinwohls haben, kann ich nicht quantifizieren. Es ist auch gar nicht wichtig. Die nachfolgend beschriebenen Konstellationen sind an sich schon anrüchig genug und die Voraussetzung für die Ehrung als Träger des Bundesverdienstkreuzes ist sicherlich nicht erfüllt.



Abb. Der Elitebürger. Das Bundesverdienstkreuz wird zu einer Auszeichnung für Verdienste um das BauUnwesen. Für die maßgeblich Beteiligten bei den beiden größten ausufernden Bauprojekten wurden in der Summe fünf Bundesverdienstkreuze verliehen.

HERVORRAGENDE LEISTUNGEN FÜR DAS GEMEINWESEN:

Der Verdienstorden wird an in- und ausländische Bürgerinnen und Bürger für politische, wirtschaftlich-soziale und geistige Leistungen verliehen sowie darüber hinaus für alle besonderen Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel im sozialen und karitativen Bereich. Er ist die einzige allgemeine Verdienstauss-

zeichnung in Deutschland und damit die höchste Anerkennung, die die Bundesrepublik für Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht. Eine finanzielle Zuwendung ist mit der Verleihung des Verdienstordens nicht verbunden

(Quelle: Der Bundespräsident: www.bundespraesident.de/DE/Amt-und-Aufgaben/Orden-und-Ehrungen/Verdienstorden/verdienstorden-node.html).

DREI HAMBURGER ELBPHILHARMONIE VERDIENSTKREUZE

Elbphilharmonie: Bundesverdienstkreuz 1

Dr. Michael Otto ist eine deutschlandweit bekannte, einflussreiche Persönlichkeit. Er ist reich und sehr erfolgreich, deutschlandweit im Immobiliengeschäft aktiv. Ein echter Profi, der sich im deutschen Bauwesen sehr gut auskennt. Sein Vermögen und das seiner Familie wird auf neun Mrd. Euro geschätzt (Quelle: www.wer-zu-wem.de/portrait/die-reichsten-hamburger, 19.6.2014).

Er lässt sich am 13. April 2004 in den Aufsichtsrat des Springer-Konzerns wählen. Der Springer-Konzern ist bis 2013 Eigentümer des Hamburger Abendblatts, der dominierenden Zeitung in Hamburg (Quelle: www.axelspringer.de/dl/20178/einladung_hv_04.pdf, 19.6.2014).

Dr. Michael Otto (oder eine seiner Firmen?) spendet 2005 für die Realisierung der Elbphilharmonie laut Wikipedia zehn Mio. Euro (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Elbphilharmonie>, 19.6.2014).

Er bekommt am 30. November 2006 das große Bundesverdienstkreuz mit Stern verliehen

(Quelle: Stiftungswebsite von Michael Otto: www.michaelottostiftung.de/de/stiftung/stifter.html).

- 2. April 2007: Grundsteinlegung Elbphilharmonie.
- 25. Juli 2013: Springer meldet Verkauf des Hamburger Abendblatts.
- 4. November 2013: Dr. Michael Otto spendet 50 Bäume für Hamburg und legt publikumswirksam zusammen

mit dem Oberbürgermeister selbst Hand an (Quelle: Hamburger Abendblatt vom 4. November 2013: www.abendblatt.de/hamburg/article121540645/Michael-Otto-spendet-50-neue-Strassenbaeume-fuer-Hamburg.html, 22.6.2014).

- 16. April 2014: Dr. Michael Otto scheidet aus dem Aufsichtsrat des Springer-Konzerns aus (Quelle: www.axelspringer.de/presse/Neuwahlen-zum-Aufsichtsrat-der-Axel-Springer-SE_20193147.html).

Elbphilharmonie: Bundesverdienstkreuze 2 und 3

Diese Kreuze können gemeinsam beschrieben werden. Die beiden Träger sind das Ehepaar

Hannelore und Helmut Greve. Beide sehr stark im Bau- und Immobiliengeschäft in Hamburg aktiv.

Sie sind wie Dr. Michael Otto auch Ehrenbürger von Hamburg und sehr aktive Stifter.

Die verdienten Personen 2 und 3 sind also ein Bauunternehmerpaar.

2003 schreibt das »manager magazin online« dem Ehepaar schon über eine Mrd. Euro Vermögen zu und einen Konzern mit über 20 Unternehmen. Hauptaktivität: Bürogebäude und Shoppingcenter. (Quelle: www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-261240.html 19.6.2014).

Das Ehepaar Greve spendet 2006 eine Summe von 30 Millionen Euro, um die Elbphilharmonie zu ermöglichen. Damit sind die beiden im Jahr 2006 die zweitgrößten Spender Deutschlands. Der großzügigste Spender im Jahr 2006 gab 39 Mio. Euro.

Das »manager magazin online« schrieb:

»(...) Zu den großen Samaritern des Landes zählen auch das Hamburger Bauunternehmerpaar ...«

(Quelle: www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-441948.html 19.6.2014).

- Helmut Greve: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes im April 2007.
- Hannelore Greve: Verleihung des Bundesverdienstkreuzes im September 2008.

Hamburg hatte schon 2003 eine hohe Zahl von Konzerthäusern. Mit der Laeishalle auch eine von Weltklasse. Verwunderlich ist, wie wichtig Dr. Michael Otto und dem Ehepaar Greve die Bebauung des im Besitz der Öffentlichen Hand befindlichen Kaiserspeichers mit der Elbphilharmonie wert war. Sie haben keine Mühe gescheut, um Hamburg genau dort weitere Konzertsäle und ein Wahrzeichen zu verschaffen. Die Besitzer der umliegenden Immobilien der neuen Hamburger Hafen-City haben sich darüber sicher sehr gefreut.

Im Jahr 2006 haben zwei der obigen Spender aus der Immobilien- und Baubranche 40 Mio. Euro für eine scheinbar nur 186 Mio. Euro teure Elbphilharmonie gespendet. Eine norddeutsche Bank hat 10 Mio. Euro und mehr als 3.700 Einzelspender haben nochmals 14 Mio. Euro dazugelegt. Das klang für die Hamburger Bürgerschaft nach einem einmaligen Schnäppchen. Dafür konnte man das Grundstück des Kaiserspeichers als Filetstück der Hamburger Hafen-City doch hergeben. So wurde das Projekt einstimmig genehmigt.

Wäre gleich mit einer korrekten Zielfläche von 120.000 m² und einem optimistischen Vollkostenpreis von 5.000 Euro pro m² budgetiert worden, wären 600 Millionen Euro nur 64 Mio. Euro Spenden gegenübergestanden. Selbst wenn man die Presse (Hamburger Abendblatt) kontrolliert, bekäme man ein solches Projekt nicht durch die Volksvertretung. Also werden die Preise manipuliert und das eigentliche Zielbauwerk wird als Nachtragsbau viel teurer als nötig realisiert.

Die ganze Geschichte macht die Elbphilharmonie zum Wahrzeichen des BauUnwesens.

Forderung: Die drei Bundesverdienstkreuzträger sollen Ihrer Ehrung gerecht werden und der Stadt Hamburg die Elbphilharmonie für 800 Mio. Euro abkaufen. Oder sie sollen die drei Kreuze aufgrund des Schadens für das Gemeinwohl, das sie angestiftet haben, wieder zurückgeben.

DIE MACHER DES ERFOLGREICHSTEN BAUUNWESEN-PROJEKTS »NEUER BERLINER FLUGHAFEN« WERDEN MIT BUNDESVERDIENSTKREUZEN GEEHRT

Neuer Berliner Flughafen: Bundesverdienstkreuz 4 und 5

- Matthias Platzeck – Ministerpräsident Brandenburg
- Klaus Wowereit – Regierender Bürgermeister Berlin

Beide bauen zusammen seit 5. September 2006 an einem Flughafen, dessen Budget bei Genehmigung im Jahr 2004 bei 1,7 Mrd. Euro liegt.

Beide übernehmen abwechselnd das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden der verantwortlichen Gesellschaft des öffentlichen Rechts.

Am 11. März 2011 verkündet die Berliner Zeitung: »Bundesverdienstkreuz für Wowereit und Platzeck. Der Regierende habe sich herausragende Dienste für das Gemeinwohl erworben.« [Quelle: www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1572510/Bundesverdienstkreuz-fuer-Wowereit-und-Platzeck.html, 19.6.2014].

Acht Jahre nach dem Spatenstich sind die voraussichtlichen Kosten weit über 5 Mrd. Euro statt der geplanten 1,7 Mrd. Es kann außerdem kein glaubhafter Eröffnungstermin genannt werden. Da die

Baugenehmigung im Jahr 2016 ausläuft, drohen noch mehr Zeitverzug und noch mehr Kosten. Es sind Engpässe beim Luftverkehr von und nach Berlin absehbar. Die beiden Bauherren Platzeck und Wowereit haben sich um das BauUnwesen verdient gemacht.

Auch hier stand am Anfang ein »Betrug« beim Budget. Auch hier wird nicht nach verabschiedetem Plan, sondern teuer und risikoreich auf Nachtrag gebaut.

Forderung: Platzeck und Wowereit sollen die beiden Kreuze zurückgeben. Sie haben einfach für Deutschland zu viel Imageschaden und unnütze Milliarden an Kosten verursacht.

IMPRESSUM

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Herausgebers und der Autoren urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

© 2014 Jürgen Lauber

Herausgeber

Jürgen Lauber

www.juergenlauber.info

Autoren

Jürgen Lauber, Hans Kranz, Bernd Hanke

Lektorat

Angelika Kastner und Mayra Scheffel, Karlsruhe

www.angelika-kastner.de, www.mayrascheffel.de

Cartoons

Walter Hollenstein, CH-Murten

www.hollenstein-cartoons.ch

Gestaltung und Satz

Fuchs & Otter, Benjamin Schnepf, Heidelberg

www.fuchsendotter.de

ISBN 978-2-8399-1464-2

